

59. Sitzung

am Dienstag, dem 31. Januar 2006, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	4408	Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Franz Schindler, Hans-Ulrich Pfaffmann, Joachim Wahnschaffe und Jürgen Dupper	4408	Geheime Wahl 4430, 4431
Mandatsverzicht des Abgeordneten und Staatsministers a. D. Dr. Otto Wiesheu	4408	Bestätigung eines Mitglieds für den Landesgesundheitsrat
Landtagsmandat für Frau Ulrike Scharf-Gerlspeck	4408	Beschluss 4430
Nachruf auf Bundespräsident a. D. Johannes Rau	4408	Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten und den Vollzug von Rechtsvorschriften im Bereich der Land- und Forstwirtschaft (Drs. 15/4589) – Erste Lesung –
Nachruf auf die ehemaligen Abgeordneten Dr. Karl von Brentano und Max Falter	4408	Verweisung in den Landwirtschaftsausschuss 4430
Erklärung des Landtagspräsidenten aus Anlass des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar	4409	Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften (Drs. 15/4597) – Erste Lesung –
Erklärung gem. § 177 Abs. 1 GeschO des Staatsministers für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zu den Vorgängen um die Firma Berger-Wild GmbH in Passau		Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 4430
Staatsminister Dr. Werner Schnappauf	4410, 4428	Antrag der Staatsregierung Abkommen zur Änderung des Abkommens über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizei-Führungsakademie (Drs. 15/4584) – Erste Lesung –
Herbert Müller (SPD)	4413	Verweisung in den Dienstrechtsausschuss 4431
Henning Kaul (CSU)	4416	
Adi Sprinkart (GRÜNE)	4418	
Staatsministerin Dr. Beate Merk	4421	
Dr. Marcel Huber (CSU)	4422	
Dr. Sepp Dürr (GRÜNE)	4424, 4426	
Ludwig Wörner (SPD)	4424	
Kathrin Sonnenholzner (SPD)	4425	Schluss der Sitzung 4431

(Beginn: 15.02 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 59. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Ich darf zunächst einige Glückwünsche nachholen:

Jeweils einen runden Geburtstag feierten die Kollegen Franz Schindler am 13. Januar und Hans-Ulrich Pfaffmann am 18. Januar. Einen halbrunden Geburtstag haben die Kollegen Joachim Wahnschaffe am 19. Januar und Jürgen Dupper am 22. Januar gefeiert. Ich gratuliere den genannten Kollegen im Namen des gesamten Hauses und persönlich sehr herzlich und wünsche ihnen alles Gute und viel Erfolg für ihre parlamentarischen und sonstigen Aufgaben.

(Vereinzelter Beifall)

– Die Zustimmung zu den guten Wünschen darf durchaus mit Beifall zum Ausdruck gebracht werden.

(Allgemeiner Beifall)

Die Landeswahlleiterin hat mir mit Schreiben vom 15. Dezember 2005 mitgeteilt, dass Herr Staatsminister a. D. Dr. Otto Wiesheu mit Ablauf des 31. Dezember 2005 auf sein Landtagsmandat verzichtet hat und damit aus dem Landtag ausgeschieden ist. Ich darf Dr. Otto Wiesheu für die Arbeit hier im Hause und für das Land Bayern herzlich danken.

(Beifall bei der CSU)

Die Landeswahlleiterin hat gemäß Artikel 58 des Landeswahlgesetzes Frau Ulrike Scharf-Gerlspeck aus Fraunberg als Listennachfolgerin festgestellt. Seit dem 1. Januar ist Frau Kollegin Scharf-Gerlspeck Mitglied des Bayerischen Landtags. Frau Kollegin, ich heiße Sie in unserer Mitte herzlich willkommen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, sich zum Gedenken an den verstorbenen Altbundespräsidenten von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Nur wenige Tage nach Vollendung seines 75. Lebensjahres ist am vergangenen Freitag Herr Bundespräsident a. D. Johannes Rau seiner schweren Krankheit erlegen. In einem Kondolenzschreiben habe ich namens des Hohen Hauses seiner Witwe und seinen drei Kindern mein Beileid und unser aller Mitgefühl ausgesprochen.

Johannes Rau war in seinem Denken und Handeln tief geprägt vom christlichen Glauben. Er ging auf die Menschen zu, und sie schenkten ihm ihr Vertrauen. Wie nahe er den Bürgerinnen und Bürgern war, zeigt sich auch daran, dass bereits am Wochenende Tausende ihre Trauer bekundet haben und sich in die Kondolenzbücher eintrugen.

Johannes Rau war fast fünf Jahrzehnte politisch aktiv gewesen, davon 20 Jahre als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und von 1999 bis 2004 als deutsches Staatsoberhaupt. In all seinen Aufgaben trat er mit Wort und Tat für mehr Glaubwürdigkeit, Toleranz, Ausgleich und Demokratie ein. Sein Beitrag zu einem positiven Deutschlandbild in der Welt war herausragend.

Ein besonderes Anliegen war ihm die Aussöhnung mit Israel, und es ist ein historisches Datum, dass er als erster Staatspräsident im israelischen Parlament in Deutsch gesprochen hat. Er wird auch in Israel als großer Versöhner und Brückenbauer gesehen und geachtet.

Die Gedanken, mit denen er die Richtung mit bestimmt hat, in die sich unser Land bewegt, sind von bleibendem Wert. In diesen Tagen war in manchen Artikeln zu lesen, dass er zeitweilig unmodern und überholt schien, dass ihn aber die Entwicklung in seinem beharrlichen Streben, Orientierungsmaßstäbe zu setzen, sehr bestätigt hat und dass er gerade auch das Menschliche in der Politik, im persönlichen Umgang, und auch in den politischen Inhalten der Politik immer wieder zum Ausdruck gebracht hat.

Der Bayerische Landtag verneigt sich in Trauer vor einer großen Persönlichkeit. Unser Land hat Johannes Rau viel zu verdanken.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie nun, zweier ehemaliger Kollegen zu gedenken.

Am 26. Dezember 2005 ist Dr. Karl Baron von Brentano im Alter von 92 Jahren verstorben. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1954 bis 1966 an und vertrat den Wahlkreis Oberbayern für die Fraktion der Bayernpartei, deren Fraktionsvorsitzender er zeitweise war. Im Parlament engagierte er sich in mehreren Ausschüssen, darunter dem für sozialpolitische Angelegenheiten und dem für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Kriegsfolgegeschädigten.

Am 24. Januar verstarb der langjährige Kollege Max Falter mit 68 Jahren. Er war von 1974 bis 1986 Mitglied des Hohen Hauses und vertrat für die SPD den Wahlkreis Oberbayern. Max Falter war von Beruf Kaufmann und lebte in Bad Feilnbach. Er brachte reiche Erfahrungen aus der Kommunalpolitik in seine parlamentarische Arbeit ein, besonders auch in seine Aufgaben im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden.

Der Bayerische Landtag wird den Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. – Sie haben sich zu Ehren der Toten von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade die Gedenktage des Jahres 2005 haben gezeigt, dass es in Deutschland in einem gewiss nicht einfachen und manchmal schmerzlichen Prozess gelungen ist, eine Kultur des Erinnerns zu entwickeln, die nichts verdrängt, die uns gleichwohl nicht auf diesen Abschnitt in unserer Geschichte verengt, eine Kultur der Erinnerung, die uns damit freier und souveräner gegenüber der Vergangenheit und für die Aufgaben von heute und morgen gemacht hat.

Der Bezugspunkt für diesen Gedenktag ist der 27. Januar 1945, als die Überlebenden des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz von russischen Soldaten befreit wurden. Wir gedenken heute nicht nur der jüdischen, sondern auch aller anderen Opfer des Nationalsozialismus. Stellvertretend nenne ich die ermordeten Sinti und Roma, die weiblichen und männlichen Homosexuellen, die Opfer der Euthanasie-Gesetzgebung, die Frauen und Männer des Widerstands.

Der Publizist Ernst Cramer, „deutscher Jude“, wie er sich selbst beschreibt, sagte in seiner eindrucksvollen Rede bei der Gedenkfeier des Deutschen Bundestages unter anderem:

Wenn ich zurückblicke, war das Schlimmste in der Anfangszeit der nationalsozialistischen Diktatur, dass Menschen, mit denen man bisher normal verkehrte, sich plötzlich rar machten.

Man fühlte sich auf einmal als Außenseiter, als Paria, als Ausgestoßener.

Und das war nicht nur, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg oft verharmlosend hieß, Feigheit oder Angst, es war für die meisten ein unverständliches Anpassen an das Böse, das man oft gar nicht mehr als solches erkannte.

Werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Deshalb ist es wichtig, dass wir uns anlässlich solcher Gedenktage nicht nur mit den grauenhaften Ergebnissen, den unvorstellbaren Welten der Vernichtungs- und Konzentrationslager auseinander setzen, sondern vor allem immer wieder der Frage nachgehen: Wie hat es begonnen? Wie konnte es sich so entwickeln? – Dies schärft auch unsere Wachsamkeit für diese Zeit.

Beispielhaft und vorbildlich ist in diesem Sinne eine Arbeit der Projektgruppe „Spurensuche“ des Maria-Theresia-Gymnasiums in Augsburg mit der Themenstellung: „Die jüdischen Schülerinnen und die Zeit des Nationalsozialismus an der Maria-Theresia-Schule Augsburg“.

Der Projektleiter Peter Wulf schreibt in der Broschüre, die mir von einem Kollegen zugesandt wurde:

Es vergehen viele Jahre, mehr als 50 Jahre, mehr als zwei Generationen. Wer kann uns jetzt noch von den fast 200 jüdischen Mädchen erzählen, die die Maria-Theresia-Schule besuchten?

Als ich mit Schülern sprach und ihnen im Jahresbericht von 1938 zeigte, dass nur mehr wenige jüdische Mädchen am Maria-Theresia-Gymnasium waren und dass auch diese schon wenige Monate nach Schulbeginn entlassen wurden, waren viele fassungslos: So was ist bei uns passiert? Die haben ja gar nichts angestellt! Nur weil sie jüdische Mädchen waren? Wo sind die denn hin?

Sind die Mädchen ausgelacht, ausgegrenzt worden? Wer fragt danach, wie die Mädchen damals darunter litten? Das Netz der Ausgrenzungen beginnt klein, sogar in unserer nächsten Nähe, und wird, wenn nichts dagegen unternommen wird, immer dichter.

Den jüdischen Mädchen wurde Unrecht getan, sie wurden aus der Schule gedrängt, in die Emigration gezwungen, manche deportiert, ermordet.

Die Schule hat eine kleine Ausstellung gestaltet, die wir noch in diesem Jahr hier im Landtag zeigen werden.

Das Ergebnis dieser Entwicklung beschrieb Ernst Cramer in seiner vorher schon erwähnten Rede im Bundestag so:

Der Zivilisationsbruch, den die Nationalsozialisten verübten und an dem viele Deutsche in den verschiedensten Formen mitwirkten, war auch die größte, wenn auch selbstverschuldete Katastrophe und gleichzeitig unbegreiflichste Tragödie in der deutschen Geschichte. So tief war Deutschland vorher noch nie gesunken.

Ohne Täter und Opfer durcheinander zu bringen oder gar gleichzustellen, steht für mich fest: Die grauenhafteste Heimsuchung in der Geschichte der Juden war auch – spiegel- und schicksalsverkehrt – das größte Desaster in der Geschichte der Deutschen: eben der Tiefpunkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Rechtsradikales „Gedankengut“ – wobei der Begriff „Gedankengut“ eigentlich schon unpassend ist – und rassistische Äußerungen und Umtriebe treten immer wieder in Erscheinung – versteckt, aber auch offen: Unverbesserliche, die Hitler und sein Regime verharmlosen und sogar verherrlichen; hass-erfüllte Angriffe und Anschläge auf Ausländer, auf Obdachlose, auf Menschen mit Behinderung und auf andere Minderheiten.

Angriffe gegen Minderheiten sind nur der Anfang eines schleichenden Prozesses, der unsere Gesellschaft immer dann insgesamt bedroht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ungeachtet der in einer freien Welt selbstverständlichen Meinungsverschiedenheiten gilt unsere besondere Solidarität in der gegenwärtigen Situation Israel. In den palästinensischen Autonomiegebieten gewann die radikal-islamische Hamas-Bewegung die Parlamentswahlen. Sie bestreitet das Existenzrecht Israels, und das ist kein unverbindlicher Verbalradikalismus.

Der Präsident des Iran hat mehrfach öffentlich Zweifel an der Existenz des Holocaust geäußert und Judenvernichtung als „Mythos“ bezeichnet. Er bestreitet das Existenzrecht Israels.

Eine neue Dimension und Eskalation der Bedrohung Israels steht im Raum. Die Existenz Israels hat ihren Ausgangspunkt im Holocaust, in der systematisch geplanten und durchgeführten Vernichtungsstrategie gegen ein Volk. Daraus ergibt sich unsere bleibende Verpflichtung einer besonderen Solidarität und Unterstützung für Israel, gerade in kritischen Zeiten.

Dem Erinnern und Gedenken darf die Dimension der lebendigen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und Gegenwart nicht abhandeln kommen. Geht diese Dimension verloren, wird das Gedenken zum Ritual. Es wird damit entwertet und dem Leiden der Opfer nicht gerecht, und damit kann man auch aus der Geschichte nicht lernen.

In diesem Sinne gedenken wir heute der Opfer, die der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg gefordert haben.

Ich bitte Sie, sich zu einer Minute des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

– Ich danke Ihnen.

Ich unterbreche die Sitzung für wenige Minuten.

(Unterbrechung von 15.18 bis 15.20 Uhr)

Meine Damen und Herren, der Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz hat beantragt, ihm zu Beginn der heutigen Plenarsitzung zu den **Vorgängen um die Firma Berger-Wild GmbH** in Passau Gelegenheit zur Abgabe einer Erklärung nach § 177 Absatz 1 der Geschäftsordnung zu geben. Dazu erteile ich nunmehr Herrn Staatsminister Dr. Schnappauf außerhalb der Tagesordnung das Wort.

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Vielen Dank, Herr Präsident. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Vorgänge um den Wildfleischskandal Berger in der Stadt und im Landkreis Passau zum Anlass nehmen, das Hohe Haus und die Öffentlichkeit über den Stand der Dinge und das weitere Vorgehen zu informieren; denn ich denke, dass unsere Bevölkerung ein Recht auf einwandfreie Lebensmittel hat, auf Lebensmittel, die dem Anspruch genügen, Mittel zum Leben zu sein, also Lebensmittel, die einwandfrei sind und welche die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger in keiner Weise gefährden können.

Für alle, die mit der Produktion und dem Handel von Lebensmitteln ihr Geld verdienen, sollte es deshalb die ganz selbstverständliche Pflicht sein, mit aller Sorgfalt und

Umsicht tätig zu werden und jeden auch nur im Ansatz denkbaren Schaden vom Verbraucher abzuwenden.

Der Schutz der Gesundheit und damit der Schutz des Verbrauchers muss in unserem Lande Vorrang vor sonstigen Interessen bekommen. Dazu gehört auch eine verbesserte Information der Verbraucher. Die frühzeitige Information der Öffentlichkeit ist oftmals weit gravierender als manches Bußgeld und manche Strafe, die nach Jahren ausgesprochen wird. Wie gravierend sich das in diesem Falle auswirkt, zeigt sich gerade am heutigen Tage; ich habe soeben erfahren, dass das Amtsgericht Passau heute Mittag um 12.00 Uhr das vorläufige Insolvenzverfahren in Sachen Firma Berger eröffnet hat.

Meine Damen und Herren, an diesem Fall zeigt sich, dass offensichtlich das Verhalten einiger Mitarbeiter des Unternehmens das ganze Unternehmen in eine Schieflage gebracht hat und damit auch Arbeitsplätze im großen Stile gefährdet hat.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Damit nicht genug; eine ganze Branche ist in Verruf gebracht worden, und das Image eines ganzen Lebensmittelstandortes ist in Misskredit gebracht worden.

(Zurufe von den GRÜNEN – Franz Maget (SPD): Geradezu schändlich ist das!)

Meine Damen und Herren, es hat sehr weitreichende Folgen, wenn eine gesamte Urproduktion wie die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft, die Jagd oder die Lebensmittelverarbeitung in Misskredit gebracht werden. Deshalb ist eine konsequente Aufklärung notwendig, und ein rigides und hartes Handeln des Staates ist gefragt. Das Ministerium hat deshalb unverzüglich nach Kenntnis des Vorgangs am Freitag, dem 13. Januar, gehandelt.

(Karin Radermacher (SPD): Und vorher?)

Zwischenzeitlich sind folgende Maßnahmen veranlasst: Das Landratsamt Passau hat das im Betrieb vorhandene Fleisch gesperrt, die Regierung von Niederbayern hat ebenso wie das Landratsamt Passau die Zulassungen mit sofortiger Wirkung zurückgenommen. Damit sind die Betriebe definitiv geschlossen. Der Landrat des Landkreises Passau hat zwei amtliche Tierärzte, die Angestellte des Landkreises sind, ebenfalls bis auf weiteres ihrer Verpflichtungen enthoben.

Das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit hat landesweit Proben genommen und in den Laboren untersucht. Von den bisher untersuchten 82 Proben sind 27 für den menschlichen Verzehr als nicht geeignet einzustufen. Damit muss die Rückrufaktion noch einmal erweitert werden. Bisher waren 15 Produktionschargen als nicht mehr für den menschlichen Verzehr geeignet angesehen worden. Nun sind es mit Stand von gestern Abend zwischenzeitlich 27 Proben, die vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit als nicht mehr für den menschlichen Verzehr geeignet eingestuft werden.

Für diese Produkte sind öffentliche Warnungen ausgesprochen worden, die im Internet veröffentlicht sind. Die Rückrufaktion ist eingeleitet; sie wird von der Regierung von Niederbayern koordiniert. Alle verdorbenen Lebensmittel müssen raus aus den Kühltruhen und Regalen. Der Konkursverwalter hat diesbezüglich bereits mit dem Verbraucherschutzministerium Kontakt aufgenommen.

Bund und Länder sind informiert. Das europäische Schnellwarnsystem ist eingeschaltet. Nach unserem Kenntnisstand sind beanstandete Waren an 40 Betriebe nach Österreich, Italien und Frankreich sowie an rund 100 Betriebe in Deutschland geliefert worden. Die Größenordnung der Gesamtmenge liegt bei circa 12 Tonnen Fleisch und Fleischprodukten. Die Warnungen werden fortlaufend aktualisiert und mit den weiteren Beprobungen vorangetrieben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Ministerium hat hart und konsequent durchgegriffen. Die Firma kann keine Ware mehr vertreiben und hat, wie gesagt, heute Insolvenz angemeldet. Damit ist eine Gesundheitsgefährdung durch neu in den Verkehr gebrachte Produkte auszuschließen. Die im Handel befindlichen Produkte sind im Rückruf. Der gesamte Sachverhalt wird lückenlos aufgeklärt.

Ich will an dieser Stelle deutlich machen, dass das für die ermittelnden Behörden – für alle, die hier tätig sind – eine umfassende Detailarbeit bedeutet. Das Unternehmen erweist sich als nicht kooperativ. Informationen, Lieferlisten etc. werden nicht mehr freiwillig an die ermittelnden Stellen herausgegeben. Jedes Mal sind Schritte der Ermittlungsbehörden erforderlich, um an die notwendigen Unterlagen zu kommen. Es ist eine mühsame Kleinarbeit. Sicherlich ist von Vorwegverurteilungen und Vorwegfestlegungen abzusehen, aber es ist auch deutlich zu machen, dass jeder – egal ob auf Unternehmer- oder Behördenseite –, der ein Fehlverhalten an den Tag gelegt hat, zur Rechenschaft gezogen werden wird.

Meine Damen und Herren, ich will auch einmal deutlich machen, welche Entscheidung vom Verbraucherministerium zum damaligen Zeitpunkt zu treffen war. Es war zu diesem Zeitpunkt noch keine Probe vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit bakteriologisch untersucht. Wir haben unsere Entscheidung, öffentlich zu warnen, auf die sensorischen Beprobungen der Experten gestützt. Wir haben uns für diesen Schritt entschieden, obwohl die Anwälte des Unternehmens bereits eingeschaltet waren und massiv Widerstand geleistet haben. Auch die Mitarbeiter hatten sich an die Verbraucherschutzbehörden gewandt und gebeten, ihre Arbeitsplätze nicht außer Acht zu lassen. Das ist natürlich alles wichtig, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber am Ende zählt, dass wir die Sicherheit der Verbraucher und deren Interessen konsequent an die erste Stelle setzen. Das ist die Richtschnur, nach der wir vorgehen müssen, und deshalb muss dieser Fall auch lückenlos und konsequent aufgeklärt werden. Alle Konsequenzen müssen hart und richtig erfolgen.

(Beifall bei der CSU – Karin Radermacher (SPD): Ja, genau!)

Um gleich ein Missverständnis auszuräumen, möchte ich Folgendes klarstellen: Bayern hat seine Lebensmittelkontrollen personell nicht abgebaut, sondern im Gegenteil ausgebaut.

(Karin Radermacher (SPD): Warum hat das nicht geholfen?)

Seit der BSE-Krise sind die Kontrolleure um rund 250 Personen verstärkt worden. So wurden 75 Personen zusätzlich in der Lebensmittelüberwachung eingestellt sowie 71 Veterinärassistenten. Die Veterinärverwaltung an den Landratsämtern erhielt 98 zusätzliche Stellen, und an den Regierungen wurden 14 zusätzliche Stellen für den Mobilen Veterinärdienst in Bayern geschaffen.

Bei der Regierung von Niederbayern hat das Ministerium zum aktuellen Wildfleischskandal unverzüglich eine Sonderkommission Wild eingerichtet. Sie hat zwei Aufgaben, nämlich erstens die Abwicklung des aktuellen Falles, insbesondere die Koordination der umfangreichen Rückrufaktion in ganz Europa, und zweitens die Aufklärung aller verwaltungsinternen Vorgänge.

Der Verdacht auf strafrechtliches Verhalten ist nach derzeitiger Aktenlage nicht auszuschließen. Die Staatsanwaltschaft wird ihre Ermittlungen ausdehnen und unter Koordination des Generalstaatsanwaltes in München die Vorgänge um die Firma Berger-Wild ohne Ansehen von Person und Funktion auf allen Ebenen umfassend aufklären.

Nach den ersten Ergebnissen der Sonderkommission, die sich bereits vergangenes Wochenende mit Hochdruck an die Auswertung des umfangreichen Aktenmaterials gemacht hat, ergibt sich derzeit folgendes Bild. – Ich betone ganz ausdrücklich immer „derzeitiger Kenntnisstand“, weil täglich, ja man kann sagen stündlich oder minütlich, neue Informationen der ermittelnden Stellen hinzukommen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Neue Skandale!)

Derzeit ergibt sich folgendes Bild: Bei der Firma Berger wurde offensichtlich über Jahre hinweg Lebensmittelrecht massiv verletzt, um Kunden über Qualität und Herstellungsmethoden der Ware zu täuschen. Offenbar wurde zum Beispiel im großen Stil Fleisch als Frischware weiterverkauft. Die ersten Aussagen lesen sich wie die Anleitung zu einem schlechten Film: Wenn das Warmwasser nicht mehr ausreichte, um gefrorene Ware aufzutauen, hat man den Dampfdruckreiniger eingesetzt, um damit warmes Wasser für den Auftauvorgang zu besorgen. Damit wurde die tiefgefrorene Ware für die Umverpackung aufbereitet, um sie dann als frisches Lebensmittel weiterzuverkaufen. Das sind schier unvorstellbare Anweisungen, die sich aus dem internen E-Mail-Verkehr und aus den bisher gemachten Informationen und Aussagen ergeben. Es deckt sich auch mit den Ergebnissen der Ermittlungsbehörden, dass insbesondere tiefgefrorene Ware zu Frischware umgewandelt und weiterverkauft wurde.

Auch die Kontrollen scheinen planmäßig und mit großer Energie umgangen worden zu sein. So gibt es viele Hin-

weise darauf, dass mit der Produktion schon am frühen Morgen zwischen vier und fünf Uhr begonnen wurde und der amtliche Fleischbeschauer erst ab sieben Uhr bestellt wurde. Oder man hat eine Nachtschicht eingeführt, in der praktisch nur noch ausländische Arbeitskräfte tätig waren, und man hat den Fleischkontrolleur nicht darüber informiert, dass auch in der Nacht gearbeitet und zerlegt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb warne ich: Keine Vorverurteilungen! Wir brauchen den genauen Sachverhalt. Durch die Strafverfolgungsbehörden auf der einen Seite und durch die Sonderkommission auf der anderen Seite muss lückenlos aufgeklärt werden, was sich in den letzten Jahren wirklich zugetragen hat.

Die Problematik hat sich ab Sommer 2004 mit der Ausweitung des Betriebes, mit der Einführung einer Nachtschicht wohl noch einmal verschärft. Dort sind regelmäßig Kapazitätsüberschreitungen vorgekommen. Aus den bisher gesichteten Unterlagen ergibt sich zum Beispiel, dass in einem auf die tägliche Verarbeitung von rund 800 Hasen angelegten Betrieb täglich bis zu 3000 Tiere verarbeitet worden sein sollen. Dass dort die Hygienevorschriften nicht mehr eingehalten werden konnten, kann man jederzeit nachvollziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, obwohl es möglicherweise Verfehlungen des Unternehmens oder auch einzelner Mitarbeiter im Unternehmen gegeben hat, will ich ganz deutlich eine Lanze für all die Mitarbeiter brechen, die besten Wissens und Gewissens gearbeitet haben. Auch insofern darf es keine Pauschalverurteilungen geben. Wir brauchen Details. Jedem Aspekt muss auf den Grund gegangen werden.

Aber es stellt sich auch die Frage, wie die Verfehlungen des Unternehmens über einen so langen Zeitraum un bemerkt von den amtlichen Kontrolleuren geschehen konnten. Auch insofern muss die Sonderkommission Licht in das Dunkel bringen. Deshalb wurden aufgrund der bisherigen Anhaltspunkte die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen ausgeweitet; denn es zeigt sich bisher, dass die Kontrolle durch die beim Landkreis Passau angestellten Amtlichen Tierärzte, die aufgrund eines Vertrages von den Landkreisen eingestellt werden – früher hat man von der Amtlichen Fleischschauung gesprochen –, zumindest nicht in jedem Fall mit der Entwicklung des Unternehmens, mit den Nachtschichten, mit der Ausweitung der Produktion etc. Schritt gehalten hat. Deshalb ist zu prüfen, ob die Amtlichen Tierärzte ihren Pflichten im notwendigen Umfang nachgekommen sind.

Aber nicht nur das Verhalten der im Auftrag der Kommunen tätigen Amtlichen Tierärzte ist lückenlos aufzuklären; auch das Verhalten der staatlichen Veterinärverwaltung ist lückenlos zu überprüfen.

Die Veterinärverwaltung wurde nach dem bisherigen Kenntnisstand erstmals im August 2004 zu Verdachtsmomenten und lebensmittelrechtlich relevanten Sachverhalten um Stellungnahme gebeten. Am 1. März 2005 hat

eine Besprechung der Ermittlungsbehörden stattgefunden, zu der auch das Landratsamt Passau hinzugezogen wurde.

Nach den Ergebnissen der Sonderkommission hat sich zwischenzeitlich herausgestellt, dass das Veterinäramt Passau entgegen bisherigen Annahmen Unterlagen der Kripo Passau wohl schon am 20. Dezember 2005 erhalten hat. Allerdings betrafen diese Unterlagen Vorgänge aus den Jahren 2002 bis 2004. Damit ergibt sich eine zusätzliche Notwendigkeit der stringenter Aufklärung der zeitlichen Abläufe. Die Sonderkommission ist heute in Passau, um die Ermittlungen vor Ort aufzunehmen.

Um jegliche Missverständnisse auszuschließen, möchte ich auf Folgendes hinweisen: Im Oktober 2005 wurden, wie bekannt, wegen der Vorfälle um die Deggendorfer Frost GmbH landesweite Sonderkontrollen in Lebensmittelkühlhäusern durchgeführt. Dabei sollte überprüft werden, ob über Lebensmittellagerhäuser K-3-Material von außen in die Lebensmittelschiene eingeschleust wurde. Bekanntlich ging es bei der Deggendorfer Frost GmbH damals um einen Schlachtabfallskandal, wobei Schlachtabfälle von außen wieder in die Lebensmittelkette eingeschleust wurden.

In diesem Zusammenhang wurde auch das Lebensmittelkühlhaus der Firma Berger-Wild GmbH im Stadtgebiet Passau – nicht zu verwechseln mit den beiden Wildverarbeitungsbetrieben im Landkreis Passau – vom Landratsamt Passau kontrolliert. Nach dem Bericht des Landratsamtes Passau und der Regierung von Niederbayern vom 20. Oktober 2005 waren im Lebensmittelkühlhaus bei der Kontrolle am 17. Oktober 2005 keine hygienischen Mängel festzustellen. Allerdings wurden im Lebensmittellager der Firma Berger-Wild GmbH fünf Paletten Material der Kategorie 3 gefunden. Es handelte sich dabei um lebensmitteltaugliche Wildabschnitte – etwa 1600 kg –, die bei der Verarbeitung in den Betrieben der Berger-Wild GmbH angefallen waren. Sie waren tiefgefroren, verpackt und als K-3-Material gekennzeichnet. Davon waren zwei Paletten zusätzlich als „Tierfutter“ gekennzeichnet. Nach den Angaben der Regierung handelte es sich um eine kurzfristige Zwischenlagerung wegen Kapazitätsengpässen im K-3-Lager des Betriebes. Es gab keine Hinweise auf eine Umwidmung von K-3-Ware zu Lebensmitteln.

Das Landratsamt wies die Firma auf die unzulässige Lagerung hin und ordnete die sofortige Entfernung der K-3-Ware an. Bei einer Nachkontrolle am 1. Dezember 2005 befand sich dort kein K-3-Material mehr.

Diese Lagerung von K-3-Material wurde in dem Bericht an den Bayerischen Landtag seinerzeit nicht aufgeführt, da es sich hierbei um die Entfernung von K-3-Material aus der Lebensmittelkette heraus handelte und nicht umgekehrt.

Bei der weiteren Sonderkontrolle der Kühl-, Lager- und Gefrierräume in den Verarbeitungsbetrieben der Firma Berger-Wild GmbH im Landkreis Passau am 1. Dezember 2005 wurden von der Regierung von Niederbayern keine Beanstandungen mitgeteilt. Auch in diesem Falle ließ der

entsprechende Bericht der Regierung von Niederbayern nicht auf die später bekannt gewordenen Verstöße gegen das Lebensmittelrecht schließen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, aufgrund des seinerzeitigen Schlachtabfallskandals in Deggendorf haben wir im November 2005 eine Untersuchungsgruppe mit dem Auftrag „Untersuchung der Veterinärverwaltung“ eingesetzt. Auf der Basis der ersten Ergebnisse dieser Untersuchungsgruppe werden wir Folgendes veranlassen bzw. eingehend prüfen:

Erstens wird am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Standort Oberschleißheim, eine Spezialeinheit „Lebensmittel“ installiert, um vorsorgend, schnell und schlagkräftig landesweit agieren zu können. Die Spezialeinheit wird die nachgeordneten Behörden beim fachlichen und rechtlichen Vollzug in besonders kompliziert gelagerten Fällen intensiv unterstützen. Außerdem wird sie künftig die Rückverfolgung und die Rücknahmeaktionen von Lebensmitteln sowie die lückenlose Aufklärung von Warenströmen unterstützen. Die Spezialeinheit wird interdisziplinär mit Juristen, Veterinären und Lebensmittelchemikern besetzt sein. Dazu wird entsprechend fachkundiges und kompetentes Personal am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit in Oberschleißheim konzentriert.

Zweitens sollen die Landkreise kurzfristig darauf hinwirken, dass die Amtlichen Tierärzte, die auf Beschluss der Kreistage bestellt werden, nicht mehr dauerhaft ein bestimmtes Unternehmen überwachen. Die Amtlichen Tierärzte sollten regelmäßig, zum Beispiel nach zwei bis drei Jahren, einer Rotation unterworfen werden. Sie sollten entweder in einen anderen Überwachungsbezirk wechseln, oder es sollte ein anderer Tierarzt eingestellt werden. Dabei werden wir uns eng mit dem Bayerischen Städte- und Landkreistag sowie mit dem Staatsministerium des Innern abstimmen; denn es handelt sich um eine Aufgabe der Landkreise im übertragenen Wirkungskreis.

Drittens soll in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden bei den Amtstierärzten, also den staatlichen Veterinären, im Rahmen eines verwaltungsinternen Qualitätsmanagements ebenfalls die Rotation verstärkt werden. Das ist im Übrigen auch für die Fortentwicklung und für das Sammeln von Erfahrungen auf verschiedenen Einsatzfeldern von Vorteil.

Viertens soll die Zusammenarbeit der Strafverfolgungs- und der Veterinärbehörden optimiert werden. Dazu ist bereits in der Sitzung des Ministerrats am 17. Januar 2006 eine gemeinsame Bekanntmachung auf den Weg gebracht worden. Diese Bekanntmachung wird derzeit mit Hochdruck erarbeitet. Es ist aber auch wichtig, dass die Mitteilungspflichten der Strafverfolgungsbehörden für den Bereich der Lebensmittelproduktion ausdrücklich geregelt werden, damit ganz eindeutig klar ist, wer was wem wann zu sagen hat, und damit auch die Lebensmittelsicherheit und die Vorsorge für die Gesundheit der Verbraucher klar in den Mittelpunkt gestellt werden. Ferner wird am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit eine interdisziplinäre Fortbildung für

Staatsanwälte, Richter und Veterinärverwaltung durchgeführt.

Fünftens und letztens wird eine Stelle für den Informantenschutz eingerichtet. Ebenfalls am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit wird also eine Anlaufstelle für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und andere Informanten geschaffen, damit sie vertraulich Informationen geben können, wenn bei der Lebensmittelherstellung nicht korrekt gearbeitet wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Fall ist geeignet, das Vertrauen in eine ganze Branche, in einen ganzen Lebensmittelstandort zu erschüttern. Deshalb sind die ergriffenen Maßnahmen richtig, auch wenn sie hart sind, und auch wenn mit dem heutigen Tag das Unternehmen Insolvenz anmelden musste. Der Brief, der mir geschrieben wurde, war geschrieben im Auftrag von 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auch wenn deren Arbeitsplätze mit der heutigen Insolvenz ganz konkret gefährdet sind, muss man an dieser Stelle ganz deutlich sagen, gab es für das Verbraucherschutzministerium keine andere Konsequenz, als sofort öffentlich zu warnen und in dieser Härte und Rigidität vorzugehen. Ich beabsichtige auch, diesen konsequenten Kurs ohne Abstriche fortzusetzen. Dieser Fall muss lückenlos aufgeklärt werden, ohne jetzt Vorverurteilungen vorzunehmen oder Einzelne an den Pranger zu stellen. Aber Staatsanwaltschaft, Sonderkommission und alle Ermittlungsbehörden müssen ihre Arbeit machen, und die, die Fehler gemacht haben, müssen mit aller Härte des Gesetzes rechnen und zur Verantwortung gezogen werden.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Ich eröffne die Aussprache. Zwischen den Fraktionen wurde eine Redezeit von 30 Minuten vereinbart. Als Erster: Herr Kollege Herbert Müller.

Herbert Müller (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, ob ich es richtig gehört habe, aber Sie haben öfters gesagt, Herr Staatsminister, dieser Fall müsse – und da komme ich jetzt in Schwierigkeiten; hieß es „lückenlos“ oder „lügenlos“ - aufgeklärt werden.

(Beifall bei der SPD)

– Mir gefällt beides. Dieser Fall muss lügenlos und lückenlos aufgeklärt werden. Da stimme ich vollkommen zu.

Früher war alles anders, ich sage bewusst „anders“ und nicht „besser“. Früher sollte das Wild einen Hautgout haben. Ich kann das ins Schwäbische übersetzen, das heißt: Es hat a bissle e G'schmäckle. Aber die Kontrollen waren klar. Das Wild wurde beim Metzger in der Nähe gekauft, oder man hat es direkt vom Jäger bekommen. Wenn man einen Hasen gekauft hat, dann hat man ihn auf dem Wochenmarkt gekauft. Damit man ihn nicht verwechseln konnte und als Hilfe, dass man auch die richtige Tierart gekauft hat, war immer die linke oder die rechte Hinterpfote noch mit dem Fell besetzt, sodass man sehen konnte, es war nicht zufällig ein anderes Tier. Ich habe den

Eindruck, lieber Herr Minister, dass es heute genau umgekehrt ist. Heute setzt die Haute Cuisine auf Wild rosé im Basilikummantel mit Mandelsplittern, aber wenn es geht, dann frisch. Der Hautgout ist weg. Wo wir aber den Hautgout, das G'schmäckle oder, um es etwas direkter auszudrücken, den Gestank haben, sollen die Kontrollen über das System den Verbraucher vor unnützem Zeug schützen. Hier stinkt es, in der Tat!

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hat gleich nach Bekanntwerden am vorigen Donnerstag einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Auf diesen Dringlichkeitsantrag, muss ich sagen, haben Sie schon ein bisschen reagiert. Man hat gemerkt, was sich dahinter alles verbirgt – Respekt. Unter Punkt 4 unseres Antrags wird aufgezeigt, dass neben der eingesetzten Sondergruppe – dazu werde nachher noch etwas sagen – auch außerbehördliche Fachleute einbezogen werden sollen. Ein paar Stunden später kam der Minister und hat gesagt: Ich nehme das Verfahren jetzt der beauftragten Regierung von Niederbayern weg und setze den Vizepräsidenten der LGL, der Landesanstalt für Gesundheit und Lebensmittelkontrolle, ein. Ich sehe das schon als einen gewissen Fortschritt an, dass Leute an der Kontrolle beteiligt sind, die etwas weiter weg sind von diesem Geflecht, mit dem wir es offensichtlich hier in ganz erstaunlicher Weise zu tun haben.

Im Übrigen darf ich Ihnen sagen: Sie haben vorhin in Ihrer Rede ausgeführt, dass der Verbraucher ein Recht hat, gut informiert zu werden. Über dieses Thema werden wir noch später reden, wenn es um das Verbraucherinformationsschutzgesetz geht. Wir haben dazu einen Gesetzentwurf eingebracht. Bisher stelle ich bei Ihnen eigentlich nur Ablehnung in diesem Bereich fest. Wenn Sie etwas tun wollen, damit der Verbraucher seriös informiert wird, der auch das Recht hat, informiert zu werden, dann können Sie dem sehr schnell abhelfen, indem Sie unsere Initiative unterstützen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und ein anderer Punkt, den wir morgen diskutieren, wird auch noch, denke ich, ganz schön spannend, nämlich die Gentechnologie. Bei all diesen Dingen geht es auch darum, wie der Verbraucher auf die Politik reagiert, ob er ihr vertrauen kann. Das ist der ganz entscheidende Punkt. Wenn es Neuerungen gibt, dann muss es begleitende Kontrollen geben, die beim Verbraucher Akzeptanz schaffen. Ich sage Ihnen über diesen Skandal hinaus, über den wir heute reden: Wer solche Politik macht – ich werde noch zu den einzelnen Punkten kommen –, der schafft nicht die Voraussetzungen dafür, dass der Verbraucher in der Zukunft mehr Vertrauen in die Politik setzt, als er es bisher getan hat. Hier tragen wir eine gemeinsame Verantwortung, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD)

Was ist eigentlich der Skandal? - Ich hatte bei Ihren Ausführungen gerade den Eindruck des forschenden Aufklärers, der jetzt auch davon betroffen ist, dass Ekelfleisch unter die Bevölkerung kam. Und dieser Minister steht stramm

und macht deutlich, dass es so nicht weitergeht. Ich bin da richtig ergriffen. Wissen Sie, Herr Minister, mich interessiert weniger Ihr Aktionismus in diesen Dingen hinterher. Vielmehr lautet die Frage, die zu stellen ist: Sind Sie Ihrer Verantwortung vorher gerecht geworden, als es um die Kontrollen und um die entsprechende Sicherheit ging?

(Beifall bei der SPD)

Es gibt den Skandal - ich sage es mal so -, dass Menschen mit offensichtlich hoher krimineller Energie so etwas machen. Das wird es im Übrigen immer geben, und dann wird man auch darauf reagieren müssen. Aber das Entscheidende, um das es geht, ist die Frage: Taugen unsere Gesetze, taugen die Informationsflüsse, damit sofort auf solche Umstände reagiert werden kann?

Sie wollen also jetzt so schnell wie möglich eine Task Force einrichten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Kennen wir schon, haben wir alles schon gehabt!)

Ich habe eigentlich erwartet, dass Sie irgendwo noch den Begriff „Nachhaltigkeit“ unterbringen, den Sie gerne verwenden, oder „Clusterbildung“ oder „Kompetenzteam“. Nicht nachhaltig ist jedenfalls, wie ich es empfunden habe, Ihre Art der Aufklärung oder Ihr Engagement vor einem Skandal, wenn es um Kontrolle und die Einhaltung von Gesetzen geht. Wir wollen nicht die Betroffenheit von einem Minister nach einem Skandal. Die ist wohlfeil. Jeder Bürger stellt die Frage: Wie kann man so etwas machen? Die Fragen, die wir hier stellen, sind schlicht und ergreifend: Ist in dem gesamten Apparat das, was das Gesetz vorschreibt, eingehalten worden oder nicht? Das sind die entscheidenden Fragen, und auf die werden wir noch zu reden kommen.

Wir wollen wissen, ob die Gesetze angewandt wurden, ob der Informationsfluss funktioniert hat, ob Missstände im Vorfeld aufgedeckt worden sind, ob juristische Maßnahmen ergriffen worden sind – dazu könnte ja auch vielleicht die Justizministerin etwas sagen – und ob die Verantwortlichen im Vorfeld tätig waren. Die Informationen, die wir über diesen Saustall haben, liegen doch keine 14 Tage, sondern ein bis zwei Jahre zurück. Es war doch vielen Stellen in Bayern bekannt, welche Sauereien dort passieren. Da müssen Sie nachfragen. Von einem strammen Minister hätte ich erwartet, dass er sagt, mit welcher Energie er all diese Dinge vorher aufgedeckt hat. Da sind Sie uns bisher alle Antworten schuldig geblieben. Das finde ich ausgesprochen bedauerlich.

In der Summe komme ich zu dem Ergebnis, dass Sie nachhaltig nichts getan haben in dem Bereich, in dem Sie eigentlich hätten tätig werden müssen. Ich rufe nur in Erinnerung und sage es einmal so: Wenn ein Stamm die Maßeinheit wäre für die Notwendigkeit, einen Minister zu entlassen, dann liegt bei Ihnen nicht ein Stamm, sondern ein ganzes Ster herum. Wer als Ministerpräsident eine Frau Stamm aus dem Kabinett entfernt hat, wer solche Maßstäbe angelegt hat, der muss jetzt ganz schön ins Zweifeln kommen. Aber ich weiß nicht – der Ministerpräsident ist jetzt nicht da, er ist jetzt auch nicht mehr so stark, mög-

licherweise brauchen Sie auch gar keine Angst zu haben –; denn der Ministerpräsident hat die Kraft nicht mehr, so zu reagieren wie seinerzeit, als es noch einen Stamm gab.

(Beifall bei der SPD)

Ich lese jeden Tag meine Heimatzeitung, die „Augsburger Allgemeine“, eine der größten Zeitungen, die wir in Bayern haben.

(Franz Maget (SPD): Eine der besten, hättest du sagen müssen!)

Ich bitte jetzt aufzupassen, da manchmal ein Problem auftritt – das hat mich allerdings noch nie betroffen –: Ich heiße Müller; in meiner Partei gibt es aber keine Müllers mehr; es hat einen Haufen Schmidts gegeben, aber keine Müllers. Ich muss jetzt über einen Müller reden – ich bitte, die Müllers nicht zu verwechseln. Ganz nahe meiner zentralen Stadt im Allgäu, Memmingen, liegt die Stadt Kempten. Dort wohnt ein Staatssekretär, Dr. Gerd Müller; von diesem spreche ich jetzt – nicht dass Sie ihn mit mir verwechseln. Wenn Sie jetzt den Text hören, den ich Ihnen vorlesen werde, würden Sie möglicherweise sagen: Das muss der rote Müller gewesen sein.

(Henning Kaul (CSU): Wir sind in der Lage, zu differenzieren!)

– Von Ihnen, Herr Kollege, weiß ich das. Ich wollte aber allgemein darauf hinweisen; denn beim Namen Müller kommt man leicht in Schwierigkeiten.

Ich zitiere aus der „Augsburger Allgemeinen“: Eine Kungelei zwischen Behörden und Unternehmen – das sagt ein Staatssekretär im Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerium, der in der Sache kompetent ist – dürfe es nicht geben. Hören Sie jetzt gut zu: Um Filz zu verhindern, spricht sich Müller – also Gerd Müller – für ein rotierendes Kontrollsystem aus. Klar sei aber auch, dass Zustände wie in dem niederbayerischen Unternehmen bei Anwendung des geltenden Rechtes nicht auftreten könnten. Ich muss Ihnen hierzu sagen: Herr Müller hat Recht! Das ist genau der Punkt, um den Sie sich in Ihren Ausführungen gedrückt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Übrigen weist er darauf hin, dass diese Kontrollen Aufgabe der Länder sind. Auch Herr Seehofer äußert sich so. Ich weiß, dass Herr Seehofer schon seit den Diskussionen über die Sondermüllverbrennungsanlage ein besonderes Verhältnis zu Ihnen pflegt; darum möchte ich ihn nicht weiter strapazieren. Sie sind genügend gestraft.

Ich zitiere weiter Staatssekretär Dr. Gerd Müller: Es könne nicht sein, dass etwa der Zoll in einem Unternehmen ermittelt, aber keine Informationen an die Lebensmittelbehörden weitergegeben werden. Sollte sich zudem der Vorwurf der Kungelei zwischen Betrieben und Behörden bewahrheiten, hilft auch der Ruf nach neuen Gesetzen nicht, auch nicht nach einer Task Force. Hier ist die Spitze des Hauses gefragt. Darum geht es, um nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Gerd Müller hat den Begriff des Filzes eingeführt – er meint ein enges Geflecht, das immer noch enger wird. Das bezeichnet man in Bayern als Filz; so würde ich das übersetzen. Ich stelle folgende Frage – vielleicht gibt es manche aus Niederbayern, die mir darauf sogar eine Antwort geben könnten –: Welcher Partei gehört er denn an? – Ich weiß es nicht. Ich könnte auch fragen: Hat er vielleicht auch eine aktive Rolle in einer Partei gespielt?

(Alexander König (CSU): Ist das eine Fragestunde oder was?)

– Ich habe Fragen, und ich hoffe, dass Sie sich Zeit nehmen, diese Fragen zu beantworten. Mich würde auch interessieren, was Filz bedeutet – diesen Begriff hat Herr Kollege Müller eingeführt. Ich denke darüber nach. Ich fühle mich ermuntert zu fragen: Hat er etwa eine aktive Rolle in einer Partei gespielt, zum Beispiel auch dann, als es darum ging, einen Landrat zu küren? War das vielleicht sogar jener Landrat, der jetzt im Amt ist? – Hoppla! Ich weiß von alledem nichts. Das wäre aber interessant. Vielleicht könnte uns der eine oder andere von Ihnen dazu etwas sagen.

Mich würde auch interessieren: War ihm irgendeine Partei etwas wert? Das würde mich schon sehr interessieren. Wie gesagt: Gerd Müller hat diesen Begriff eingeführt. Ich sage Ihnen, dass es mir durchaus schwer fällt, öffentlich jemandem von der CSU Recht geben zu müssen. Gerd Müller hat aber Recht. Ich stimme ihm zu und komme zu einem ähnlichen Ergebnis. Dort liegt der Hund begraben. Da gilt es öffentlich lückenlos und lügenlos aufzuklären.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die heutige „Süddeutsche Zeitung“ weist auf einige ganz interessante Bereiche hin. Es geht darum – das ist nachzulesen; aufgrund der Kürze der Zeit brauche ich das nicht zu wiederholen –, wer was im Vorfeld gewusst hat, wer nach den herrschenden Gesetzen den anderen hätte informieren müssen, wer was nicht getan hat. Darüber wird in der heutigen „Süddeutschen Zeitung“ ausführlich berichtet. Der Staatsanwaltschaft, dem Landratsamt Passau und der Regierung von Niederbayern seien die desolaten Hygienezustände bei Berger-Wild schon 2004 bekannt gewesen. Es geht nicht nur um das Arbeitsrecht, sondern auch um die hygienischen Zustände. Wenn das, was hier geschrieben wird, richtig ist, dann ist das in Kenntnis der Rechtslage zwar auch ein Wildfleischskandal, aber der eigentliche Skandal ist, dass von den Behörden und von der Spitze des Hauses in den letzten Jahren vieles nicht getan worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss mich schon fragen: Nachdem man das alles nach dem Ekelfleischskandal wusste, der gerade einmal ein Vierteljahr her ist, nachdem man auch wusste, um was es geht, wie die Befindlichkeiten sind, und dass es auch um unsere Reputation als Qualitätsstandort geht, wie konnte man dann ein bereits seit zwei Jahren vorhandenes Wissen über Missstände in diesem Betrieb so lange verheimlichen? Diese Frage stellt sich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Eine andere Frage stellt sich noch drängender: Warum sind Anfang Januar eigentlich auf einmal alle vorgeschriebenen Informationspflichten eingehalten worden? Ich lese Ihnen jetzt ein Schreiben vor, das mir gestern zugeleitet worden ist. Dieses Schreiben stammt aus dem Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz und wurde am 20. Dezember 2005 um genau 17.50 Uhr abgeschickt. Ich lese Ihnen den Großteil dieses Briefes exakt vor: Bis 31. Dezember 2005 ist die LMHV, die Lebensmittelhygieneverordnung, anwendbar. Verstöße gegen die Lebensmittelhygieneverordnung können bis zu diesem Zeitpunkt auch über das Gesetz zur Neuordnung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts geahndet werden. Es erklärt, dass Verstöße Ordnungswidrigkeiten darstellen und dass diese Verstöße entsprechend geahndet werden können. Die Ahndung muss jedoch bis dahin, also bis zum 31. Dezember 2005, abgeschlossen sein, das heißt, der Bescheid erlassen oder das strafrechtliche Verfahren beendet sein – passen Sie nun gut auf –, da ab dem 1. Januar 2006 bis auf weiteres eine Ahndung von Verstößen nicht bußgeld- bzw. strafbewehrt ist. Ein Verstoß gegen die Vorgaben des Hygienepaketes ist auch nicht ahndbar, da der Bund von der Ermächtigung noch keinen Gebrauch gemacht hat. Es gibt derzeit noch keine nationale Verordnung, Verstöße gegen das Hygienepaket als Straftat oder Ordnungswidrigkeit zu bezeichnen.

Wenn ich das, was hier formuliert und kurz vor Weihnachten an die Landratsämter verschickt wurde, richtig verstehe, dann heißt das, dass es eine ganze Reihe von Straftatbeständen gibt, die den bayerischen Behörden zwei Jahre lang bekannt waren, über die offensichtlich keinerlei Informationsfluss zwischen den Behörden stattgefunden hat. Aber wenige Tage nach dem Zeitpunkt, zu dem es nicht mehr strafbewehrt ist, ab dem 1. Januar dieses Jahres, kommen auf einmal Informationen. Ich muss Ihnen sagen: Hier kommen gravierende Zweifel auf. Ich muss Ihnen auch sagen, Herr Staatsminister: Darüber, was das bedeutet, hätte ich mir von Ihnen einige Auskünfte gewünscht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Warum funktioniert jetzt die Information, wo doch Ihre Häuser alles das gewusst haben?

(Engelbert Kupka (CSU): Das ist eine Unterstellung!)

– Ich habe nichts unterstellt! Ich habe einen Brief Ihres Ministeriums vom 20. Dezember vorgelesen. Daraus kann man Schlüsse ziehen. Ich sage noch einmal, Herr Kupka: Ich habe erwartet, dass der Minister in seinem Bericht zu diesen Vorwürfen etwas sagt. Das habe ich ihm unterstellt. Wenn man genau betrachtet und wenn richtig ist, was in dem Schreiben steht – ich zweifle daran, dass es jetzt für solche Schlawiner einen rechtsfreien Raum gibt –, dann bekommt das Ganze etwas mehr als ein Hautgout, etwas mehr als ein G'schmäcke. Da stinkt es gewaltig im Karton – das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Fazit: Ich habe nichts dagegen, wenn Sie mir inhaltlich zustimmen. Herr Kollege Herrmann, ich kenne eine Äußerung von Ihnen, dass dem Ministerium nichts vorzuwerfen sei. Bei nüchterner Betrachtung der Informationen, die Sie jetzt haben, wenn Sie aufmerksam Zeitung gelesen haben, müssten Sie diesen Satz schleunigst zurücknehmen. Sie müssten darüber nachdenken, wie Sie das Vertrauen bei den Bürgern und den Verbrauchern wieder zurückgewinnen wollen. Wir sitzen hier in einem Boot. Mich interessiert, wie Sie darauf reagieren werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die inhaltlichen Punkte habe ich bereits angesprochen. Wir werden Ihnen in den nächsten Tagen einen Fragenkatalog zuleiten. Wir gehen davon aus, dass dieser Fragenkatalog zeitnah – eine Woche wäre eine gute Zeit – beantwortet wird. Wir werden detailliert fragen und die Antworten auf unsere Fragen prüfen. Wenn wir zu dem Ergebnis kommen sollten, dass unsere Fragen weder lückenlos noch lügenlos beantwortet worden sind, werden wir uns die Anwendung des Instruments eines Untersuchungsausschusses offen halten. Für die anderen Fragen, die noch im Raum stehen, bin ich nicht zuständig. Das müssen Sie mit sich selbst ausmachen. Zu dem, was der Herr Ministerpräsident und andere zu diesen Vorfällen zu sagen haben, möchte ich mich heute gar nicht äußern. Diese Diskussion wird jedoch sicher in Zukunft weitergehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Kaul.

Henning Kaul (CSU): Verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem bekannt geworden war, was Herr Staatsminister Dr. Schnappauf uns heute an Wissen dargestellt hat, hat er auch mich telefonisch informiert. Bei diesem Gespräch habe ich seine Betroffenheit über so viel kriminelle und menschenverachtende Energie – dieses Wort hat er am Telefon verwendet – gespürt.

(Herbert Müller (SPD): Das sehe ich auch so!)

Herr Kollege Müller, ich hoffe, dass Sie bei allem Zorn auf das Ministerium auch Zorn auf das empfinden, was in der Firma passiert ist. Das Interessante an Ihren Ausführungen war – es wird interessant sein, das nachzulesen –, dass Sie sich in Ihrer Rede diesem Skandal und denjenigen, die seit den Zeiten, die der Minister genannt hat, Lebensmittel in den Kreislauf gebracht haben, die offensichtlich nicht mehr zum Verzehr geeignet waren, nur zu einem Bruchteil gewidmet haben. Ich halte es für zu vordergründig, dass Sie sich nur mit dem Herrn Minister und seinem Verhalten befasst haben.

(Karin Radermacher (SPD): Das ist doch unsere Aufgabe!)

Herr Kollege Müller, wir werden uns darüber im Ausschuss noch ausführlich unterhalten. Ich hoffe, dass wir dann wieder zum Kernthema kommen werden, nämlich die

bayerische Bevölkerung davor zu bewahren, dass so etwas noch einmal passiert.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Ich frage: Warum ist in der Vergangenheit nichts geschehen?)

Wir waren, wie Sie, nicht nur zornig, sondern uns sind auch eine Menge Fragen durch den Kopf gegangen. Natürlicherweise stellen sich sofort Fragen nach den Kontrollmechanismen und deren Wirksamkeit. Diese Fragen habe ich in Ihrem Beitrag vermisst. Was mich als Ausschussvorsitzenden besonders zornig gemacht und was Fragen hervorgerufen hat, war die zeitliche Nähe zu dem Ekefleisch-Skandal im letzten Herbst. Schon damals wurde eine kriminelle Energie sichtbar, die uns alle in diesem Raum – seien wir ehrlich – überrascht hat.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Sie sind oft überrascht!)

Wir haben damals viele Fragen gestellt. Mit diesen Fragen werden wir uns im Umweltausschuss Anfang Februar noch beschäftigen.

Auf die Fragen zur Klärung der betrügerischen Vorgänge bei der Firma Berger-Wild wird Herr Dr. Marcel Huber noch im Detail eingehen. Werte Kolleginnen und Kollegen, mich beschäftigen Fragen zu den gesetzlichen Vorgaben im Lebensmittelrecht, die so etwas überhaupt zulassen. Wir haben ein Geflecht von EU-Vorgaben, von Bundesvorgaben und auch von Ländervorgaben. Hinzu kommen noch Ausführungsverordnungen der Behörden. Wir mussten uns im Umweltausschuss immer wieder mit Umgehungen von Verordnungen und Gesetzen beschäftigen.

Herr Kollege Müller, ich denke hier insbesondere an manche Vorgänge in der Abfallwirtschaft. Sie wissen, dass wir diese Vorgänge mit Erfolg aufgearbeitet haben. Das reicht bis zur vor kurzem neu organisierten Sondermüllbeseitigung. Ich glaube, dass dies zu einer Stabilität auf diesem Markt geführt hat. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind immer wieder bei der Aufarbeitung dieser Vorkommnisse auf Lücken in der Gesetzgebung, bei den Verordnungen sowie bei der Zusammenarbeit der Behörden gestoßen. Aus der Komplexität der gesetzlichen Vorgaben entsteht Unübersichtlichkeit. Aus Unübersichtlichkeit kann Unsicherheit entstehen. Auf jeden Fall – das muss dem Gesetzgeber klar sein – ist daraus immer kriminelle Energie entstanden, weil Leute versucht haben, diese Gesetzesgemengelage und die Kontrollmechanismen zu umgehen.

Wir sollten uns nach der Aufarbeitung dieses Wildfleisch-Skandals auch den Fragen der Praktikabilität von Gesetzen und Verordnungen widmen. Herr Kollege Müller, wir werden diese kriminelle Energie einzelner Mitmenschen sicherlich nicht grundsätzlich verhindern können; da bin ich mit Ihnen einer Meinung. Wir können aber unter Aufbietung unserer Kreativität versuchen, diese Kontrollmechanismen so zu installieren, dass die Schlupflöcher für zukünftiges kriminelles Handeln schon von vornherein nicht mehr als attraktiv erscheinen.

Meine werten Kolleginnen und Kollegen, der Mensch ist vernunftbegabt. Aus dieser Vernunft entsteht immer wieder Gutes. Es gibt aber leider stets auch Menschen, die das Böse entdecken. Deshalb hat die Vernunft manchmal in ihrer alltäglichen Konkurrenz zu Gewohnheit, Gedankenlosigkeit und zur Lust am Unvernünftigen schlechte Karten. Es liegt an uns, diese Karten neu zu mischen. Gerade im Wissen darum sollten wir die Unternehmen, die Behörden und die Verbraucher so vernetzen, dass sie sich abstimmen und zusammen solche Vorgänge wie bei Berger-Wild verhindern und ächten.

Lassen Sie mich hier die Frage nach der Eigenüberwachung aufwerfen. Herr Kollege Wörner, ich weiß, dass das Ihr Lieblingsthema ist. Ich spreche es trotzdem an, weil wir mit der Eigenüberwachung schon gute Erfahrungen gemacht haben. Denken Sie an unsere Erfahrungen, die wir mit der Eigenüberwachung bei den wilden Ablagerungen gemacht haben. Wir haben mit dem Industrieverband Kies eine Eigenüberwachung vereinbart. Wir haben auch mit dem Verband der Chemischen Industrie und mit der Abfallwirtschaft Eigenüberwachungen vereinbart.

Herr Kollege Wörner, Sie werden zugeben: Seit es diese Instrumente der Eigenüberwachung gibt, um die schwarzen Schafe in ihrem eigenen Bereich festzustellen, haben wir wesentlich weniger Arbeit im Umweltausschuss. Ich glaube, es müssen mehr Fragen nach der Zuverlässigkeit von Lebensmittel produzierenden Unternehmen gestellt werden, Herr Kollege Müller. In unserer arbeitsteiligen Industriegesellschaft wurde die Produktion von Lebensmitteln völlig aus der privaten Hand gegeben. Mit unseren Gesetzen wiederum wollen wir für die Verbraucher, also für uns selbst, nahrhafte Lebensmittel und eine gesunde Entwicklung gewährleisten; wir wollen die dafür notwendige Lebensmittelherstellung garantieren. Herr Kollege Müller, so verständlich Ihre Erregung in diesem Einzelfall auch ist, so ist doch diese Erregung nicht gerechtfertigt, wenn Sie das gesamte System unserer Lebensmittelversorgung im Auge haben. Die Entwicklung zeigt, dass wir sehr wohl in der Lage sind, unser Volk, auch unsere bayerischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, gesund und vernünftig zu versorgen.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Einzelne kriminelle Energien machen uns dabei immer wieder einen Strich durch die Rechnung. Deshalb muss unser Augenmerk vor allem auf die Zuverlässigkeit der Kontrollen gelenkt werden. Werte Kolleginnen und Kollegen, für mich ist es ein Unterschied, ob ein Unternehmer Lebensmittel herstellt oder beispielsweise Werkzeuge für die Baubranche. Wir werden uns im Umweltausschuss, wie auch beim so genannten Ekefleisch-Skandal, den Fragen der Strafbewehrung stellen müssen. Herr Kollege Müller, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie dieses Thema angeschnitten haben, wenn auch unter einem anderen Gesichtspunkt. Nach meiner Auffassung kann es nicht sein, dass Verstöße gegen das Lebensmittelrecht weniger scharf geahndet werden als beispielsweise Verstöße gegen nicht eingehaltene Bauvorschriften oder Bebauungsgrenzen.

Kolleginnen und Kollegen, ich werte diese Regierungserklärung als Einstieg in die parlamentarische Aufarbeitung dieser Betrugereien durch Europas größten Wildfleischlieferanten, der dummerweise ausgerechnet hier in Bayern sein Unwesen treibt. Dazu wird der Verbraucherausschuss bereits am Donnerstag den Dringlichkeitsantrag der SPD beraten. Auch meine Fraktion hat einen Dringlichkeitsantrag zu diesem Thema eingebracht, und soweit ich weiß, hat das auch die Fraktion der GRÜNEN getan. Wir werden die Aktivitäten des Verbraucherschutzministeriums – für dessen Information wir bereits heute, im Vorfeld unserer Diskussion am Donnerstag dankbar sind – aktiv begleiten.

Lassen Sie mich feststellen: Wie alle anderen Länder, ist auch der Freistaat für die Kontrollen nach dem Lebensmittelrecht zuständig. Das haben nicht der Bund und auch nicht der Staatssekretär im Verbraucherschutzministerium zu tun, diese Endkontrolle haben wir vorzunehmen. Daher sind wir auch für die Unversehrtheit unserer Mitbürger verantwortlich und für die Gewährleistung eines vielseitigen, frischen und nahrhaften Lebensmittelangebots.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, im letzten Länder-Ranking zum Verbraucherschutz aus dem Jahr 2004 – seither wurde kein neues gemacht – liegt Bayern, unser Freistaat, an erster Stelle aller Bundesländer. Leider geht diese Tatsache in der schnelllebigen heutigen Zeit viel zu schnell unter. Wir haben die höchste Punktzahl im Verbraucherschutz-Ranking.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Ich stelle der Opposition gerne die Unterlagen zur Verfügung. Dabei ist interessant, dass ausgerechnet das Handling unseres Verbraucherschutzministeriums eine Höchstpunktzahl bekommen hat.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Weil die genauso schlampig prüfen wie Sie!)

Wir lassen uns diese gute Position im Ranking, das die Bundesländer vergleicht, die ebenfalls für den Verbraucherschutz im eigenen Land zuständig sind, durch einzelne kriminell Handelnde nicht kaputtmachen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen: Mit Rücktrittsforderungen, Herr Kollege Müller, die Sie schon gestellt haben, bevor wir noch die Details durchleuchtet haben, oder mit Rücktrittsforderungen, wie sie die GRÜNEN an den Minister gerichtet haben, werden wir der Sache nicht gerecht. Darüber würden sich nur die Damen und Herren der Firma freuen, über die wir heute reden; vielleicht auch einige GRÜNE.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat sich Herr Kollege Sprinkart zu Wort gemeldet.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kaul, ich habe nach diesem Fall keinen

Anruf vom Minister bekommen. Ich muss ehrlich sagen, ich hätte auch nicht damit gerechnet, dass er mich informiert. Ich hätte allerdings schon damit gerechnet, dass er uns heute und hier umfassend informiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Für morgen haben wir eine Reihe von Fragen gestellt, beispielsweise: Was wurde bei den Sonderkontrollen in den Verarbeitungsbetrieben kontrolliert? – Angeblich hat der Minister doch jeden Metzger in ganz Bayern gefilzt. Es wäre ein Wunder, wenn er diese Betriebe nicht kontrolliert hätte. Ich frage: Wer hat sie kontrolliert, was wurde dabei gefunden? – Dazu habe ich keinen Ton gehört. Der Minister hat sich ein bisschen über das Lagerhaus ausgelassen und über das Kühlhaus, und das war es auch schon. Herr Minister Schnappauf, so sieht offene Informationspolitik fürwahr nicht aus.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Was das, was Sie heute abgegeben haben, könnte ich folgendes Bild verwenden: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, dann kommen Sie daher und rufen: Rettet das Kind! Rettet das Kind! – Das ist nachgesprungen, aber das ist keine vorausschauende Verbraucherschutzpolitik!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dieser Wildfleischskandal hat nach unserer Meinung mehrere Dimensionen: die Kontrolle vor Ort, das Verhalten der zuständigen Behörden, die Parallelen zu Deggendorf, das Thema „Bayern voran“, die Verantwortung des Ministers und schließlich die Konsequenzen, die man daraus zieht.

Trotz täglicher Kontrolle vor Ort und mehrerer so genannter Razzien war es die Kripo, die das Ganze ins Rollen brachte, und zwar viel zu spät. Dann wurden plötzlich Ekel erregende hygienische Zustände bei der Firma Berger festgestellt. Hier gibt es auch eine Parallele zu Deggendorf. Dort wussten auch die Wasserschutzpolizei, die Staatsanwaltschaft und die Nachbarn von unhygienischen Zuständen. Nur der zuständige Veterinär fand, dass mit kleinen Abstrichen eigentlich alles in Ordnung war.

(Heidi Lück (SPD): Das haben wir doch schon mal gehabt!)

Es stellt sich die Frage: Wie war das alles möglich? – Ich will nicht über die Abhängigkeit der zuständigen amtlichen Tierärzte spekulieren. Das wird uns beschäftigen, wenn wir über Lösungsansätze sprechen. Es muss klar sein: Die Rolle der beiden Veterinäre stellt nur einen Teilaspekt, wenn auch einen wichtigen Aspekt, des Problems dar. Der Wildfleischskandal hat ganz andere Dimensionen. Ich sage das, weil ich die Sorge habe, dass einige glauben, wenn man die amtlichen Veterinäre abschlachtet, dann wäre der Fall erledigt, nach dem Motto: Wir bringen ein Bauernopfer, dann ist die ganze Sache geregelt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja, genau!)

Wenn ich das richtig sehe, haben die Kontrolleure, die täglich in den Betrieben sind, auch die Razzien und die Sonderkontrollen durchgeführt. Auch dazu hätte ich gerne etwas von Ihnen gehört, Herr Staatsminister. Ich habe mich erkundigt: In aller Regel war das so. Das geschah nach dem Motto: Guten Morgen, heute kommen wir zur Razzia!

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Wie gesagt, nach meinen Informationen lief das landauf landab im Wesentlichen so ab. Wenn das wirklich so war, Herr Minister, dann waren Ihre Razzien ein Muster ohne Wert. Wir können darüber rätseln, ob das Absicht oder Dummheit war. Für Absicht spricht, dass damit der kleine Metzger gepackt wurde. Das ist nämlich weit ungefährlicher, als wenn man die Großen schnappt. Das haben Sie auch schon beim Deggendorfer Skandal gezeigt.

(Alexander König (CSU): Dicker Hund!)

Das Veterinäramt Passau wurde am 1. März 2005 über die wesentlichen Inhalte dieser 22 500 E-Mails informiert. Es war also über all das informiert, was jetzt ans Tageslicht kommt. In einem Interview mit dem „Münchner Merkur“ rechtfertigen Sie die Verzögerungen im Januar damit, dass das Veterinäramt die Unterlagen der Kripo habe auswerten müssen.

Die Leute hätten dafür ein Dreivierteljahr Zeit gehabt. Dann lese ich von einem Mitarbeiter, die Lager seien bei zu erwartenden Kontrollen von brisanter Ware geleert worden. Da stellt sich die Frage, ob die Kontrollen angekündigt wurden. Wir haben aber jetzt von Ihnen gehört, der Kontrolleur kam nur, wenn er bestellt wurde. Es tut mir Leid, so schauen funktionierende Kontrollen beim besten Willen nicht aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Verhalten der zuständigen Behörden: Die Regierung von Niederbayern wurde bereits im Juli 2004 wieder einmal vom Zoll auf Betrügereien hingewiesen, der dieses Mal wirklich korrekt gehandelt hat. Die Regierung von Niederbayern hat – angeblich, um die Ermittlungen nicht zu gefährden – nicht gehandelt, obwohl es schon damals um den Verkauf von Fleisch mit abgelaufenem Verfallsdatum und damit um Gesundheitsgefährdung ging. Sie, Herr Schnappauf, und auch die Justizministerin sind beim Deggendorfer Schlachtskandal über die Zollverwaltung hergefallen, als diese mit der gleichen Begründung Verzögerungen erklärte. Damals ging es nur um einige Monate. Bei Ihnen ging es um eineinhalb Jahre. Das Veterinäramt Passau wusste seit März 2005 etwas und hat auch nicht gehandelt.

Ich halte fest: Die Regierung von Niederbayern wusste seit Juli 2004 von den lebensmittelrechtlich relevanten Problemen. Die Staatsanwaltschaft und das Veterinäramt wussten seit Anfang 2005 sehr konkret von den Verstößen, die sogar die Verbrauchergesundheit gefährdeten. Beide Behörden haben nicht oder erst ein Dreivierteljahr später gehandelt. Das kann ich schon fast nicht mehr mit

Ignoranz erklären. Da frage ich mich, wie einflussreich dieser Berger gewesen sein muss.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Auch hier gibt es eine Parallele, allerdings mit zwei wichtigen Unterschieden. Hier geht es um Lebensmittel, und hier kann man nicht mehr wie im Fall Deggendorf sagen, man sei sich der Tragweite der Anschuldigungen nicht bewusst gewesen. Dass die Regierung von Niederbayern eineinhalb Jahre nichts unternommen hat, um den Verbraucher zu schützen und der Firma Berger das Handwerk zu legen, ist aus meiner Sicht der eigentliche Skandal. Herr Schnappauf, damit sind wir schon direkt vor Ihrer Haustür. Dass Sie der Regierung die Aufklärung des Skandals entzogen haben, zeigt, dass Sie, Herr Schnappauf, es wohl auch so sehen und wohl schnell gemerkt haben, dass Sie damit den Bock zum Gärtner gemacht hätten. Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage, ob das Vorgehen bei den Veterinärkontrollen damals bei der Deggendorfer Frost GmbH wirklich ein Versehen gewesen ist.

Zur Staatsanwaltschaft: Über deren Aufgaben hat uns Frau Ministerin Merck am 27. Oktober im Rechtsausschuss belehrt. Ich zitiere:

Staatsministerin Dr. Beate Merck (Justizministerium) bittet zu berücksichtigen, dass sich die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft allein darauf beziehen, ob ein strafbares Handeln vorliege. Aufgabe der Staatsanwaltschaft sei es nicht, Verbraucherschutz auszuüben.

Ein eigenwilliges Verständnis ist das, aber lassen wir es einmal so stehen. Allein dadurch, dass aus Wildlamm Gamsrücken geworden ist, ist meines Erachtens der Tatbestand des Betrugs erfüllt. Das wäre eigentlich Grund genug, sofort zu handeln und nicht ein Dreivierteljahr später.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch eine Parallele zu Deggendorf: Auch dort deckten nicht Veterinäre den Skandal auf, sondern der Zoll. Der große Unterschied besteht darin, für K-3-Material gab es und gibt es kein Kontrollsystem; für Lebensmittel gibt es das sehr wohl. Sowohl in Deggendorf als auch im Fall Berger gab es die Kultur des konsequenten Wegsehens bei den Veterinärbehörden. Allein dafür, dass offensichtlich Ihre Behörde gewissermaßen wie der Hund zum Jagen getragen werden muss, sollten Sie sich schämen, Herr Schnappauf.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt steht der Beobachter der Szene da und fragt sich, warum drei bayerische Behörden bei Verstößen, die auch geeignet waren oder geeignet sind, die Verbraucherinnen und Verbraucher zu gefährden, so lange nicht einschreiten. Nicht einmal die Chance der Razzien im letzten Herbst

wurde genutzt. Es wäre ein Leichtes gewesen, völlig unverdächtig genauer hinzuschauen.

Ich weiß nicht, meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion, ob Sie sich über Folgendes auch Gedanken machen. Die Firma Berger ist der größte Wildverarbeiter. Karl Berger – Herr Kaul, damit wäre ich bei den Verursachern – ist Parteifreund, Jagdfreund und ein einflussreicher Mann. Ein Erklärungsversuch bestünde doch darin, dass es da große Schutzengel gibt. Dann wäre es nämlich auch logisch, dass sich keine nachgeordnete Behörde traut, ihn zu packen, oder erst dann, wenn es gar nicht mehr anders geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie brisant die Angelegenheit ist, zeigen die Äußerungen Ihrer Berliner Parteifreunde Müller und Seehofer. Sie machen Defizite im bayerischen Kontrollsystem aus. Gerd Müller spricht von Fleischfilz und davon, eine Kungelei zwischen Behörden und Unternehmen dürfe es nicht geben. Die gibt es aber. Darüber hinaus will der Bundesminister wissen, was eigentlich kontrolliert wird. Um ehrlich zu sein, meine Damen und Herren, es wäre nett, wenn Sie uns darüber auch informieren würden. Ich würde auch gerne wissen, was Sie kontrollieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben uns heute zumindest eine Ahnung davon gegeben, was Sie kontrollieren. In den Kühlhäusern kontrollieren Sie ganz offensichtlich die Einhaltung der Hygienevorschriften. Nach meinem Verständnis haben Sie diese Kontrollen aber gemacht, um zu lange gelagertes Fleisch, dessen Haltbarkeitsdatum abgelaufen ist, zu suchen. Wenn Sie aber, wie Sie vorhin gesagt haben, im Kühlhaus nur nach der Hygiene schauen, werden Sie das nicht finden.

In der Tat gibt es bayerische Systemfehler. Die bayerische Fleischmafia gefährdet mit unschöner Regelmäßigkeit die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher. Jedes Mal treten Lücken bei Kontrollen und Pannen im Krisenmanagement der Staatsregierung auf. Jedes Mal versagen die Ministerin bzw. die Minister: Stamm bei BSE und Schweinemastskandal, Sinner bei Südfleisch und BSE-Test-Skandal, Schnappauf beim Ekelfleischskandal und jetzt schon wieder. Offenbar sind das spezielle bayerische Strukturprobleme. Die Kontrollstrukturen sind von der EU vorgegeben und damit sicher nicht schlechter als anderswo. Bei der Umsetzung der Kontrollen hapert es in Bayern aber anscheinend, weil es eine besonders stillschweigende Kumpanei zwischen Fleischmafia und staatlichen Behörden gibt. Es besteht eine besondere Bereitschaft, der Wirtschaftlichkeit den Vorzug gegenüber dem Verbraucherschutz zu geben. Insofern klangen Ihre Worte zum Verbraucherschutz, Herr Minister, wie Hohn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Besonderer Langmut besteht bei Verstößen; große Bereitschaft, kriminelle Machenschaften klein zu reden, ist gegeben. Das gilt von unten bis hinauf zum so genannten Verbraucherschutzministerium. Fleischlobbyisten stehen

mit maßgeblichen Politikern der CSU auf gutem Fuß. Sie sind mit dem Landrat auf du und du und die wichtigsten Arbeitgeber in der Region. Das wissen auch die staatlichen Beamten.

Seehofer hat als Konsequenz aus dem Gammelfleischskandal gefordert, dass es bei Verstößen gegen das Lebensmittelrecht keine Toleranz mehr geben dürfte. In Bayern gibt es offensichtlich besonders viel Toleranz. Das war schon beim letzten Ekelfleischskandal so und ist jetzt wieder so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Motto „Bayern vorn“ hat etwas für sich. Es muss aber nicht gerade auf diesem Gebiet gelten.

Jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Minister, zum Meister des Aktionismus, der uns immer weismachen will, alles, aber auch wirklich alles im Griff zu haben, und der natürlich für nichts verantwortlich ist. Im Fall Deggendorf haben Sie zunächst aufgetischt, die Umdeklarierung des K-3-Materials sei auf der Straße erfolgt, daher habe der zuständige Veterinär überhaupt nichts merken und entdecken können. Als Sie das nicht mehr halten konnten, haben Sie uns irgendetwas von doppelter Buchführung aufgetischt. Hauptsache, Ihre Behörde ist aus dem Schussfeld!

Ich habe versucht, aus Ihren Pressemitteilungen herauszufinden, wie viele Sonderuntersuchungen Sie wirklich gemacht haben. Zwei oder drei? – Zwei waren es ganz sicher, nämlich eine Anfang November und eine Ende November, Anfang Dezember. Wenn das stimmt, was ich vermute, hat gewissermaßen der Hauskontrolleur die Razzien landesweit durchgeführt. Das ist der Lebensmittelkontrolleur, der täglich bei den großen Lebensmittelunternehmen einläuft. Damit aber verkommen Ihre Razzien zumindest bei den großen Betrieben zu einer Nullnummer. Herr Staatsminister, das muss ich Ihnen ganz klar sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin mir dabei nicht im Klaren darüber, ob das nicht so sein sollte, denn in der Tat war das Ergebnis der Razzien bescheiden. Einige kleine Metzger hat man aufgegriffen, die großen sind davongekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das passt ins System. Wir müssen uns vor Augen führen: Ende November hatte Minister Schnappauf eine Razzia angeordnet, bei der so ziemlich alles kontrolliert wurde, was mit Fleisch zu tun hatte. Ich habe beim Metzger um die Ecke gefragt. Dort wurde mir gesagt, er sei innerhalb einer Woche zweimal kontrolliert worden. Also: Bei dieser Kontrolle wussten sowohl Staatsanwaltschaft als auch das Veterinäramt in Passau von den Zuständen in den Betrieben von Berger. Die Kontrollen werden angeordnet, um genau das zu untersuchen, weswegen Berger verdächtigt wird. Es ist unglaublich: Nichts, auch gar nichts kam dabei heraus. Das heißt, selbst zu diesem sehr späten Zeitpunkt wollte man Berger ganz offensichtlich noch nicht ans Leder. Das, Herr Minister, können Sie mir

nicht mit dem Versagen kleiner Beamter oder einzelner amtlicher Tierärzte erklären. Das hat System, Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Fisch stinkt vom Kopf her. Ich wäre jetzt bei der Überleitung zur Regierung von Niederbayern, aber diese ist nicht der Kopf – keine Sorge –, es handelt sich bestenfalls um den Hals. Ich gehe davon aus, dass in der Regierung von Niederbayern intelligente Leute sitzen, die sich der Tragweite eines Hinweises, wie er im Juli 2004 vom Hauptzollamt kam, sehr wohl bewusst waren. So, wie ich die Bezirksregierungen kenne, bin ich mir nicht sicher, ob bei einem so brisanten Fall, der eine derart einflussreiche Persönlichkeit betrifft, nicht doch beim Ministerium nachgefragt wurde, was man tun soll. Wenn dem so wäre, Herr Minister, dann stünden wir bei Ihnen im Wohnzimmer. Ich bin mir ganz sicher, dass wir das herausbekommen werden.

Herr Minister Schnappauf, um es deutlich zu sagen: Nach der derzeitigen Lage tragen Sie in mindestens zwei Fällen die ganz persönliche Verantwortung. Die Regierung von Niederbayern war frühzeitig mit der Problematik und der gesamten Reichweite der Vorkommnisse vertraut. Entweder wurde Ihr Haus darüber informiert – dann tragen Sie die Verantwortung dafür, dass nicht unverzüglich gehandelt wurde – oder die Regierung hat Sie nicht informiert – dann haben Sie Ihren Laden nicht im Griff.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist unverantwortlich – nein, es ist unglaublich –, wie Sie die Öffentlichkeit mit Ihren Razzien, die sich zunehmend als Nullnummer entpuppen, hinter das Licht geführt haben.

(Ludwig Wörner (SPD): Das ist klar, wenn man sie vorher ankündigt!)

Kommen wir zu den Lösungsansätzen: Ihre Task Force würde ich unter das Stichwort des Aktionismus einordnen – klingt furchterregend, bringt nichts bis wenig. In diesem Punkt würde ich es wie Ihr Fraktionsvorsitzenden Herrmann halten: Aufklärung statt politischen Aktionismus. Etwas anderes gilt bezüglich der Rotation der Kontrolleure: Dieser Vorschlag ist bereits im Zusammenhang mit dem Deggendorfer Skandal von mir gemacht und bei der Pressekonferenz am 23.11. vorgestellt worden. Auf unsere Initiative hin gibt es eine Anhörung zur Verbesserung der Kontrollen im Futter- und Lebensmittelbereich. Lassen Sie uns nach diesem Gespräch mit Fachleuten diese Gedanken vorantreiben, statt auch hier in Aktionismus zu verfallen. Zur Stärkung der Unabhängigkeit der Kontrolleure gehört mehr, als eine Rotation vorzusehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das hat auch etwas mit dem Selbstverständnis dieses Hauses zu tun. Mit Interesse habe ich von der Überlegung gelesen, Lebensmittelkontrollen zur staatlichen Aufgabe zu machen. Bei uns rennen Sie damit offene Türen ein. Auch zu diesem Punkt wurde auf unsere Initiative

beschlossen, einen Bericht anzufordern. Entscheidend ist aber: Sie haben die Lebensmittelkontrolle privatisiert, nicht wir.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sollten, wenn wir über Lösungsmöglichkeiten und Lösungsansätze sprechen, auch die Zollverwaltung einbeziehen, weil sich im Zusammenhang mit der Kontrolle von Wild die Veterinärbehörden in der Bundesrepublik in einer schwachen Position befinden, da circa 80 % des Fleisches importiert werden.

Herr Minister Schnappauf, dass Sie bei der Verstaatlichung der Lebensmittelkontrolle jetzt plötzlich eine Kehrtwende machen, zeigt für mich, wie eng die Schlinge um Ihren Hals liegt. Es erstaunt mich, wenn der große Privatisierer plötzlich wieder viele Aufgaben denjenigen übertragen will, die dafür da sind, nämlich den staatlichen Behörden. Sie haben 1995 die Eingliederung der Veterinärämter in die Landratsämter beschlossen und 1998 sogar die Privatisierung der Fleischbeschau sowie der Hygienekontrolle, und zwar gegen unseren Widerstand und gegen den Widerstand von Teilen Ihres eigenen Hauses. Es war zu lesen, es gebe keine negativen Auswirkungen auf die Sicherheit der Verbraucher. Wie man sich doch irren kann – auch bei der Staatsregierung und der CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Schluss: Ich habe heute mit durchaus großem Interesse und einem kleinen bisschen Freude gelesen, dass Sie unsere Vorschläge bezüglich einer eigenen Anlaufstelle für Informanten aufgegriffen haben. Nachdem Sie unseren Antrag abgelehnt haben, schlagen Sie dieses Instrument nun selber vor. Herr Schnappauf, in diesen Punkten könnten Sie mehr von uns lernen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächste hat Frau Staatsministerin Merk das Wort.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Abgeordneter Sprinkart, ich weiß nicht, woher Sie Ihre Informationen über die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft haben. Ich möchte Ihnen aber klar sagen: Sie sind nicht richtig. In Anbetracht eines laufenden Ermittlungsverfahrens kann ich aber jetzt sagen, dass die Staatsanwaltschaft unverzüglich nach Kenntnis recht vager Anhaltspunkte im August 2004 ein Ermittlungsverfahren eröffnet hat. Ermittlungsaufträge wurden erteilt. Staatsanwaltschaft und Polizei haben ermittelt, und die örtlichen Veterinärbehörden wurden entsprechend eingebunden. Das, was Sie gesagt haben, ist schlichtweg nicht in Ordnung.

(Susann Biedefeld (SPD): Sie wussten nichts davon!)

– Es ist die Aufgabe der Staatsanwaltschaft, das Ermittlungsverfahren durchzuführen. Ich habe eben gesagt:

Aufgrund sehr vager Anhaltspunkte, die verifiziert wurden, fand die Information statt.

(Zurufe von der SPD: War das alles? – Was ist dann passiert?)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Wollen Sie noch antworten, Frau Ministerin?

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Sie haben bislang noch keine konkreten Fragen an uns gerichtet. Wenn Sie solche Fragen an uns richten werden, werden wir Ihnen diese Fragen beantworten, soweit das Ermittlungsverfahren dies zulässt.

(Susann Biedefeld (SPD): Ist das Ihre Informationspolitik?)

– Das hat mit Informationspolitik nichts zu tun, sondern mit der Tätigkeit der Staatsanwaltschaft.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Die Frau Staatsministerin hatte das Wort. Herr Kollege, ganz ruhig bleiben. Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Huber das Wort.

Dr. Marcel Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst auf die beiden Statements der Kollegen Müller und Sprinkart eingehen: Herr Kollege Sprinkart, dass der Herr Minister lernfähig ist und gute Vorschläge aufgreift, sollte Sie ehren und sollte nicht der Erheiterung dienen. Dass Sie das schon einmal gesagt haben, ehrt Sie, und es ist doch gar nicht so schlecht, dass es jetzt vom Minister aufgegriffen wird.

(Ludwig Wörner (SPD): Sie bräuchten bloß nicht unsere Anträge ablehnen!)

– Herr Kollege Wörner, ich wollte gerade etwas zu dem Thema „Anträge ablehnen“ sagen: Ich war zunächst einmal begeistert, als ich den Antrag des Herrn Kollegen Müller auf der Drucksache 15/4626 in die Hände bekommen habe, den wir am Donnerstag behandeln wollen. Ich habe mir gedacht, er geht nüchtern an das Problem heran und stellt die richtigen Fragen. Nachdem, was Sie jetzt hier aber vorgebracht haben, bin ich zutiefst enttäuscht. Ich hatte fast schon vor, diesen Antrag zu unterstützen. Wenn ich aber weiß, welche Intention dahinter steckt, dann muss ich sagen, dass der Antrag nur Schall und Rauch ist. Das, was Sie, Herr Kollege Müller, hier vorgebracht haben – die Beziehungen von Herrn Berger zur CSU oder zum Landrat und was alles dahinter stecken könnte – gehört zum heutigen Zeitpunkt in die Rubrik „reine Mutmaßungen“. Wenn Sie genau zugehört hätten, hätten Sie feststellen können, dass unser Minister gesagt hat, er werde alle Vorkommnisse, die in diesem Zusammenhang stehen, genau beleuchten.

Dazu gehört auch diese Ebene. Solange nichts bewiesen ist, brauchen wir daraus keinen Elefanten zu machen.

Herr Kollege Müller, Ihre Rücktrittsforderung wird gänzlich zum Theaterdonner, wenn man sich Ihre Ausführungen zu dem – ich möchte sagen – abenteuerlichen Konstrukt, das Sie hier vorgestellt haben, anhört. Sie vermuten, dass die Behörden deswegen erst zum 01.01.2006 einschreiten, weil der Gesetzgeber die Regelungslücke im Lebensmittelrecht zum 01.01.2006 eröffnet. Man muss sich darüber im Klaren sein: Diese Lücke hat nicht die Bayerische Staatsregierung aufgetan. Vielmehr ist der Bund mit der Schnürung seines Hygienepakets noch nicht fertig. Das ist der erste Punkt.

Zweitens. Wenn es darum geht, einen Herrn Berger zu schützen, muss man feststellen: Das Ganze hilft ihm überhaupt nicht, weil man mit Straftatbeständen wie Betrug oder Körperverletzung – wenn es sich um gefährdende Verderbnis handelt – leicht eine Verurteilung herbeiführen und den Betrieb zusperren kann. Dazu brauchen wir das Gesetz nicht, womit Ihr Verdacht ad absurdum geführt ist.

Meine Damen und Herren, eigentlich wollte ich davon sprechen, wie unsere Position in diesem Fall ist. Wir sind uns sicher einig, dass es beunruhigend ist, wenn innerhalb eines halben Jahres zwei Betrugsskandale auftreten, in denen es zu einem Handel mit nicht genusstauglichem Fleisch gekommen ist. Die Tatsache an sich, dass es zum Verkauf von verdorbenem Fleisch kommt, ist nicht ganz ungewöhnlich. Das hat es schon im alten Rom gegeben; das gibt es überall auf der Welt: Herr Müller, Ihnen wollte ich noch sagen: Wie in früheren Zeiten auf dem Markt die Hasen ohne Kühlung auszulegen, ist auch nicht unbedingt in unserem Sinne. Besonders betroffen macht uns aber die Tatsache, dass diese Dinge bei uns geschehen sind, nachdem wir uns auf ein funktionierendes, ausgebautes System verlassen haben, das schon über 50 Jahre alt ist. Das System hat 50 Jahre lang gut funktioniert.

(Ludwig Wörner (SPD): Dann haben wir eine Reform gemacht!)

– Jetzt passen Sie auf: Die Konsequenz aus dem Fall in Deggendorf war, dass man gesagt hat, hier haben Betrüger im internationalen Handel mit Fleisch und Fleischprodukten ihre Nischen gefunden. An dem Fall in Passau ärgert uns so sehr, dass wir die Frage aufwerfen müssen, ob unsere bewährten Routinekontrollen wirklich so zuverlässig sind, wie wir es uns jahrelang eingebildet haben. Das Thema wollen wir nüchtern und zielstrebig angehen. In diesem Zusammenhang hilft uns der Reflex, den Sie hier wieder gezeigt haben mit der Forderung nach mehr Kontrollen und dem Rücktritt von Ministern, überhaupt nicht. Viel zielführender ist es, an die Sache heranzugehen, wie ich es Ihnen gleich darlegen werde. Wir brauchen eine exakte Analyse des Geschehens, wie sie der Minister angekündigt hat, aber auch ein Hinterfragen – wie auch Sie es getan haben –, ob das System, wie wir es zur Zeit haben, nicht einer Revision bedarf. Nicht zuletzt sind alle Ebenen mit einzubeziehen und alle heranzuziehen, die rechtswidrig gehandelt haben.

Ich möchte mit der untersten Ebene, der untersten Stufe der Lebensmittelkontrolle, beginnen. Da sind die amtlichen Tierärzte. Wir haben in Bayern 700 praktische Tier-

ärzte, die niedergelassen sind und im Auftrag des Landratsamts als Amtlicher Tierarzt Tätigkeiten verrichten, die den Bereich der Lebensmittel betreffen. Diese Tierärzte sind direkt vor Ort beim Metzger tätig. Sie haben auch Zugang zu den Zerlegebetrieben. Sie machen beim Metzger Lebend- und Fleischbeschau und führen bei Zerlegebetrieben wie Berger die täglichen Kontrollen in der Verarbeitung durch, wobei sie darauf hinwirken, dass die Vorgaben der Lebensmittelgesetze eingehalten werden.

Dieser Job – und das muss man sich einmal vor Augen führen – ist nicht besonders beliebt. Er ist sehr ungemütlich; das Ganze passiert immer mitten in der Nacht; es ist kalt; es riecht nicht gut; es ist blutig, und es herrscht dort immer ein rauer Ton. Man muss sich darüber im Klaren sein, was in solchen Betrieben los ist.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Was ist mit den Metzgern?)

– Jetzt passen Sie einmal auf, das sind Akademiker, meistens promovierte Tierärzte. Diese Leute tun es sich jeden Tag an, diese Dinge mit ihrem Sachverstand zu prüfen. Sie bilden damit die Basis unserer Lebensmittelabsicherung. Ich wehre mich hier gegen eine Pauschalverurteilung.

(Unruhe)

– Das ist eine Pauschalverurteilung, die Sie hier vornehmen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ein akademischer Schnösel sind Sie!)

– Danke schön.

(Engelbert Kupka (CSU): Herr Präsident, ist das ein unparlamentarischer Ausdruck, „akademischer Schnösel“?)

– Es kommt immer darauf an, wer es sagt. Wenn der verlängerte politische Arm der „Biermösl-Blosn“ dort drüben „Schnösel“ zu mir sagt, dann akzeptiere ich das. Also lassen wir das.

Ich wende mich gegen die Pauschalverurteilung der Tierärzte, die sich diesen unangenehmen Job antun, gebe aber zu – hier möchte ich insistieren –, dass diesen Leuten genau auf die Finger geschaut werden muss. Im vorliegenden Fall sind die beiden Tierärzte in Passau bereits am 24. Januar von ihren Aufgaben entbunden worden. Wir stellen ganz klar die Frage: Haben diese Leute pflichtgemäß gearbeitet? Haben sie weggeschaut? Waren sie womöglich sogar in Abhängigkeit? Haben sie geschlampt? – Das alles will der Minister im Detail klären und die Betroffenen notfalls einer strafrechtlichen Verfolgung zuführen. Das haben wir heute gehört.

Die Amtstierärzte – 310 an der Zahl in Bayern – sind Beamte der Veterinärämter. Sie sind zuständig für die Tierseuchenbekämpfung und den Tierschutz und führen die staatliche Kontrolle betreffend die Fleischhygiene durch. Sie nehmen im Grunde die Aufgabe der früheren Veteri-

närpolizei wahr. Auch sie müssen sich der unangenehmen Frage stellen, ob ihre Überprüfungen und Kontrollen wirklich so geartet waren, dass Dinge aufgeklärt und die Verstöße in der jetzt bekannten Schwere festgestellt werden konnten. Es ist zu fragen, wie es mit der Aufsicht der amtlichen Tierärzte bestellt ist. Auch hier bitte ich darum: Warten wir ab, bis die Untersuchungen abgeschlossen sind, und führen wir keine Vorverurteilungen durch. Warten wir die laufenden Untersuchungen ab, und warten wir darauf, dass die Konsequenzen gezogen werden.

Ich komme zur nächsten Stufe. Weitere Ermittlungsbehörden sind der Zoll, die Kripo, die Staatsanwaltschaft und auch die Bezirksregierungen. Wenn das stimmt – ich sage das konditional –, was durch die Presse geistert, dass frühzeitig Kenntnisse vorhanden waren – –

(Zuruf von der SPD: Das hat doch die Ministerin schon bestätigt!)

– Momentan steht Aussage gegen Aussage. Die Staatsanwaltschaft sagt etwas anderes als der Landrat, jedenfalls soweit ich es der Presse entnehmen konnte. Auch hier möchte ich darum bitten, dass erwiesen wird, was tatsächlich Sache ist. Dann verurteilen wir denjenigen, der tatsächlich etwas ausgefressen hat, aber nicht pauschal.

(Zurufe von der SPD)

– Wir werden das klären. Wir warten die Untersuchungen ab, und dann reden wir weiter.

Ich möchte noch deutlich herausstreichen: Ich bin der Ansicht, dass bei einer Strafverfolgung – ob das die Zollbehörde oder die Staatsanwaltschaft ist – Hinweise auf Verbraucherschutz- und gesundheitsrelevante Dinge absolute Priorität haben. Ich selbst kann es nicht akzeptieren, wenn möglicherweise wegen Verschleierung von anderen Straftaten eine Verfolgung von Dingen, die für den Verbraucherschutz wichtig sind, nicht zeitnah stattfindet. Ob das wirklich der Fall war, müssen die Untersuchungen ergeben.

Die Ministerien müssen sich überlegen, ob hier korrekt und konsequent gearbeitet worden ist. Wir haben heute von Herrn Minister Dr. Schnappauf gehört, dass er genau daran arbeitet.

Ich möchte nun zum Ende kommen. – Das Gesetz, das wir heute vorliegen haben, hat sich 50 Jahre bewährt. Wir haben jetzt Hinweise darauf, dass es wohl nicht ausreicht, um Dinge, wie sie in Passau passiert sind, tatsächlich zu vermeiden. Wir müssen an die Sache ganz nüchtern herangehen und aufgrund der Analyse Korrekturen anbringen. Hinsichtlich dieser Korrekturen möchte ich vier Forderungen stellen, die mir besonders wichtig sind.

Erstens. Wenn wir Konsequenzen ziehen, müssen wir ganz besonders darauf aufpassen, dass wir die Vernetzung der verschiedenen Ebenen und der verschiedenen Institutionen und Instanzen ganz deutlich herausarbeiten.

Das ist auch die Konsequenz, die wir aus Deggendorf gezogen haben. Aber ein solches Netz kann man nicht schon innerhalb eines Vierteljahres aufbauen. Ich bin mir ganz sicher, dass das Ministerium schon heftig daran arbeitet, und ich bin mir auch sicher, dass dies zum Erfolg führen wird. Aber es ist unmöglich, dass dies schon in so kurzer Zeit Früchte trägt, noch dazu, da die MACHENSCHAFTEN womöglich schon älter sind.

Zweitens geht es um die Priorisierung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes bei jeglicher Strafverfolgung, um sicherzustellen, dass es zeitnah, also unverzüglich, ohne schuldhaftes Zögern, zur Übermittlung an die Lebensmittelüberwachungsbehörden kommt, wenn Verdachtsmomente zu Straftatbeständen vorhanden sind.

Drittens müssen wir uns Sicherungsmaßnahmen überlegen, die verhindern sollen, dass es zu einer zu großen Nähe zwischen Kontrolleuren und Kontrollierten kommt. In manchen Bereichen gibt es das Vier-Augen-Prinzip. Die Rotation ist, glaube ich, von Adi Sprinkart nicht patentrechtlich geschützt. Über die Rotation muss man wirklich nachdenken. Der Minister hat sie vorhin selber vorgeschlagen. Auch gebietsfremde Kontrollen, dass also Beamte bei kritischen Fällen in Nachbarlandkreise fahren, halte ich für sinnvoll.

Die schnellstmögliche Information der Verbraucher auf der Basis eines bundesweit geltenden Verbraucherinformationsgesetzes, von dem wir von Minister Schnappauf schon gehört haben und das wir baldmöglichst ersehen, ist für mich ebenfalls ein ganz wesentlicher Punkt.

Wir brauchen jetzt kein parteipolitisch motiviertes, reflektorisches Gezeter, sondern eine saubere, umfassende, lügenlose und lückenlose Analyse des Geschehens – der Herr Minister hat sie angekündigt –, und zwar unter Einbeziehung aller Ebenen und aller Institutionen. Wir müssen dann die geeigneten Schlussfolgerungen ziehen, die die entdeckten Fehler künftig unmöglich machen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Bis zum nächsten Skandal!)

Erlauben Sie mir noch eine letzte Anmerkung zur regionalen Vermarktung. Wer seinen Rehschlegel beim Jäger in der Nähe holt, hat relativ große Sicherheit, dass er kein Känguru kauft.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Joachim Wahnschaffe (SPD): Die größte Sicherheit hat der Wilderer! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Huber, Sie sind soeben Ziel eines Zwischenrufs gewesen, den ich weder als parlamentarisch noch als akademisch betrachte.

Herr Kollege Dürr! - Ich wiederhole noch einmal: Herr Kollege Dürr! Es wäre schön, wenn Sie der Versammlung folgen würden. Ich habe gerade gesagt, dass Sie einen Zwischenruf getätigt haben, den ich weder als parlamen-

tarisch noch als akademisch empfinde. Ich frage deswegen, ob Sie den Zwischenruf aufrechterhalten.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Nein, natürlich nicht!

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Gut. Damit ist die Sache erledigt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Schön, dass der Kollege Huber meine Entschuldigung angenommen hat, bevor ich darum gebeten habe!)

– Ich möchte das trotzdem ganz offiziell in Ordnung bringen.

Als Nächster hat Herr Kollege Wörner das Wort.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Schnappauf, Sie sind mit Ihrer Ideologie der freiwilligen Selbstkontrolle, die auch die Ideologie der CSU und der Bayerischen Staatsregierung ist, gescheitert.

(Beifall bei der SPD)

Das ist Fakt nach dem zweiten heftigen Skandal, der die Lebensmittelwirtschaft beschäftigt. Sie sollten das bitte endlich zur Kenntnis nehmen.

Herr Kollege Kaul, Sie merken doch, dass Mensch ohne Kontrolle nicht funktioniert.

(Engelbert Kupka (CSU): Das ist aber eine überholte Theorie! – Weitere Zurufe von der CSU)

– Wenn das so wäre, müsste man ja den Herrn Innenminister abschaffen.

Kolleginnen und Kollegen, die zehn Gebote wurden nicht eingeführt, weil der Mensch gut ist, und Gesetze wurden nicht geschaffen, weil der Mensch gut ist, und die Polizei wurde nicht geschaffen, weil der Mensch gut ist, sondern weil es Menschen gibt, die sich halt nicht an Spielregeln halten.

(Beifall bei der SPD – Engelbert Kupka (CSU): Eine Minderheit, ja!)

– Ich bezweifle, dass es eine Minderheit ist, Herr Kupka. Das müssten Sie insbesondere wissen.

Kolleginnen und Kollegen, wer sich darüber im Klaren ist, dass es diese Probleme gibt, der kann nicht Rundfunksender beschimpfen, wenn sie Radarkontrollen bekannt geben. Der Minister kündigt Kontrollen vorher an und wundert sich dann, wenn er nichts mehr findet. Ich habe im Ausschuss gesagt: Wer nach dieser Ankündigung der Kontrollen erwischt wird, der gehört nicht bestraft, weil er Schweinereien betreibt, sondern weil er so blöd ist, sich erwischen zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, so geht das nicht, und das wissen Sie, Herr Minister, auch ganz genau. Was ich Ihnen, Herr Minister, heftig ankreide, ist Folgendes – ich zitiere aus Ihrer Rede. Sie haben gesagt, wir hätten hier einen Fall, in dem offenbar das Fehlverhalten einzelner Mitarbeiter eines Unternehmens Arbeitsplätze gefährde. Herr Minister, es ist schäbig, jetzt Arbeitnehmer dafür zu verurteilen, was offensichtlich von ganz oben gewollt und mitgetragen wurde. Nehmen Sie die Unternehmensleitung in die Pflicht und lassen Sie die Arbeitnehmer in Ruhe!

(Beifall bei der SPD)

Die erfüllen ihre Pflicht, und wenn sie das nicht machen, fliegen sie raus. Aber Sie sind viel zu weit weg davon, um so etwas zu wissen.

Jetzt sind wir beim nächsten Punkt, Herr Minister. Vor drei oder vier Jahren – das können Sie nachlesen – haben wir für die Lebensmittelüberwacher eine bessere Vernetzung, funktionierende Software und vieles mehr gefordert, und vor allem haben wir gefordert: Weg mit den Lebensmittelüberwachern von den Landratsämtern hin zu verantwortlichen Stellen, die diese Verantwortung dann auch politisch wahrnehmen müssen, nämlich zu den Ministerien. Das wurde damals abgelehnt.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Peterke?

Ludwig Wörner (SPD): Nein, jetzt nicht. Ich habe wenig Redezeit. – Herr Minister, da haben Sie und die dafür Verantwortlichen versagt. Bereits vor drei oder vier Jahren wurden diese Fehler gemacht.

Ein weiterer gravierender Fehler kommt hinzu, den Sie natürlich nicht zugeben dürfen: Sie haben mit einer völlig überhasteten, verfehlten und an der Verbraucherpolitik vorbeigehenden Verwaltungsreform die Beschäftigten zutiefst verunsichert, die Strukturen zerstört und wundern sich jetzt, dass nichts mehr funktioniert.

(Beifall bei der SPD)

Manchmal kann auch die Kultur des Wegsehens ein Protest sein. Ich unterstelle den Leuten gar nichts, ich sage nur: Man kann Menschen auch demotivieren. Das haben Sie gründlich geschafft. – Nicht Sie alleine. Der zuständige Minister ist nicht da, und der Ministerpräsident, wie ich sehe, im Übrigen auch nicht. Das interessiert ihn scheinbar nicht.

(Unruhe bei der CSU)

Meine Damen und Herren, was ist es für ein Verständnis von Parlamentarismus, wenn der Kollege Kaul fordert, wir sollten kontrollieren? Was denn? – Der Minister ist für die Kontrolle der Behörden zuständig, nicht das Parlament.

(Zuruf des Abgeordneten Henning Kaul (CSU))

Das Parlament ist dafür zuständig, den Minister zu kontrollieren.

(Beifall bei der SPD)

Das Parlament kontrolliert den Minister, und dieser hat dafür Sorge zu tragen, dass seine Behörden funktionieren.

(Zuruf von der CSU: Das ist doch nichts Neues!
Das ist doch allen bekannt!)

Im Übrigen: Dass der erste Skandal nicht, wie Sie vermutet haben, die Sensibilität in Niederbayern gefördert hat, sehen Sie am Folgeskandal. Das wirft eine ganze Reihe von Fragen auf. Zum Beispiel sagt der Herr Minister in seiner Rede, am 13. Januar habe das Ministerium von den lebensmittelrechtlichen Verstößen bei Berger-Wild erfahren. Dann hat man sich offensichtlich bis zum 21. Januar Zeit gelassen – so Ihre Rede –, und erst dann hat das LGL die landesweite Beprobung durchgeführt. Das heißt, man hat ein gemütliches Tempo vorgelegt, bis man endlich gehandelt hat, um den Verbraucher vor Dreck und Schmutz zu schützen.

Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, dies gilt es aufzuklären, und zwar in aller Deutlichkeit. Sie bekommen einen Fragenkatalog. Der Kollege Müller hat es schon angekündigt: Wenn dieser uns nicht befriedigt, müssen wir weiter darüber nachdenken, wie wir Verbraucherinnen und Verbraucher vor dem Versagen von Behörden schützen können, die dafür da sind, Verbraucher zu schützen.

(Henning Kaul (CSU): Sie meinen, wenn die Antworten Sie nicht befriedigen!)

Es kommt darauf an, dass Strukturen hergestellt werden. Damit bin ich bei Marcel Huber. Das sollten wir ideologiefrei über die Parteien hinweg machen, und wir sollten dafür Sorge tragen, dass solche Dinge nicht mehr passieren können.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächste hat Frau Kollegin Sonnenholzner das Wort.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kaul, was Sie vorgebracht haben, war ein untauglicher Versuch, hier über das Versagen der Staatsregierung hinwegzureden. Sie beklagen, dass wir unseren Zorn über das kriminelle Potenzial nicht geäußert hätten. Natürlich haben wir das, genauso wie Sie. Darüber brauchen wir doch gar nicht zu diskutieren. Damit beschäftigt sich die Staatsanwaltschaft; es ist aber nicht unser Thema hier.

Herr Minister Schnappauf, die Bevölkerung hat ein Recht auf gesunde Lebensmittel. Der Verbraucherschutz steht über allen anderen Interessen. Die Bevölkerung hat das Recht auf Information. – Das alles haben Sie uns heute mit

markigen Worten erklärt. Und Sie haben eine Task Force eingerichtet. Ihre markigen Worte haben wir wohl gehört, aber was die ganze Zeit fehlt, sind Taten von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Das, was Sie uns heute hier erzählt haben, täuscht nicht darüber hinweg, dass es zum Beispiel ein Skandal ist, dass seit spätestens 1. März 2005 die massiven hygiene-rechtlichen Verstöße der Firma Berger bekannt sind, wir aber bisher nichts von Konsequenzen aus Ihrem Haus gehört haben.

Ich sage: Verbraucherinnen und Verbraucher haben Anspruch auf Schutz. Schutz heißt Prävention und nicht klägliche Versuche, durch Rufen im Wald Aktionismus dann vorzutäuschen, wenn – das Bild ist zuvor schon gewählt worden – das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben zum Beispiel Anspruch auf Razzien ohne Vorankündigung durch Pressemitteilungen aus Ihrem Haus

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

oder auf Razzien, ohne dass sie der Bundesminister zwei Wochen vorher öffentlich ankündigt – damit sich auch ja jeder darauf vorbereiten kann, der Dreck am Stecken hat.

Natürlich werden Sie kriminelle Energien nie ganz ausschließen können, aber zum Beispiel durch engmaschige Kontrollen, zum Beispiel durch Kommunikation zwischen allen Beteiligten, durch effiziente Kontrollen und nicht solche, wie ich gerade genannt habe, kann Missbrauch vermieden werden.

Privatisierung von Kontrollen in Großbetrieben, wie Sie sie vorhaben, ist mit Sicherheit nicht der richtige Weg, solchen kriminellen Machenschaften Einhalt zu gebieten. Es ist vorher auch schon gesagt worden: Sie verweigern sich auch dem von uns vorgeschlagenen Verbraucherinformationsgesetz. Das heißt, überall da, wo es um konkrete Maßnahmen geht, tun Sie nichts. Diese konkreten Maßnahmen könnten eben nicht nur dazu führen, dass wir jetzt wieder einen Reparaturbetrieb aufziehen, sondern auch dazu, Missbrauch von vornherein zu verhindern – sicher nicht immer, aber mehr, als es jetzt passiert.

Wie sieht es denn aus mit Ihrer Kontrolle über Ihre nachgeordneten Behörden? – Auf Ihrer Homepage lässt sich jetzt der feinsinnige Unterschied zwischen Amtlichem Tierarzt und Amtstierarzt nachlesen – weil Sie nur für den Amtstierarzt die Verantwortung haben oder noch nicht einmal. Ja, wer, bitte schön, hat denn die Fleischschau privatisiert? – Das waren doch nicht wir; Ihre Partei hat dem doch unaufhörlich in allen Landkreisen das Wort geredet.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Genau!)

Jetzt sehen wir, was dabei herauskommt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da haben wir den Salat!)

Was da passiert, ist wirklich eine unbeschreibliche Sauerei. Das kann man nicht anders sagen. Nach der Definition des LGL ist Fleisch verdorben, wenn starke Abweichungen in Geschmack und Geruch feststellbar sind. Das ist hier der Fall. Da ist durch injizierte Stärke Fleisch wieder aufgefrischt worden, da sind Stabilisatoren verwendet worden, da sind Ratten beigemischt worden.

Ja, was muss denn noch alles passieren, damit Sie im Vorfeld reagieren oder zumindest die Information, die letzten Juli schon weitergegeben worden ist, in Ihrem Haus zeitnah verarbeitet wird? Wie wollen Sie konkret weitere Fälle dieser Art verhindern? Der Bundesverband der Lebensmittelkontrolleure sagt, dass dies nur die Spitze des Eisbergs sei. Sie riskieren, dass eine ganze Branche in Misskredit gebracht wird – hier in Bayern, in Deutschland und darüber hinaus. Daran ändern Ihre Reden nichts.

Sie müssen uns schon den Beweis dafür liefern, dass Sie das Richtige zu tun gedenken. Meine Kollegen haben es bereits gesagt: Wir werden Sie mit diesem Fragenkatalog dazu auffordern, uns Rede und Antwort zu stehen, und dann die politischen Konsequenzen aus Ihren Antworten ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als – bis jetzt – letzten Redner rufe ich Herrn Kollegen Dr. Dürr auf.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Kollegen Marcel Huber sehr dankbar, dass er meine Entschuldigung angenommen hat, bevor ich darum gebeten hatte, noch dazu, dass er es so charmant gemacht hat. Ich nehme den Zwischenruf gerne zurück, nicht deswegen, weil er unparlamentarisch ist – diese Einschätzung finde ich nach wie vor nicht richtig; ich finde ihn sehr wohl parlamentarisch –, sondern weil er einfach zu Ihnen nicht passt, Herr Kollege.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Goppel (CSU))

Kolleginnen und Kollegen, wer an die Ekel erregenden Zustände bei der Firma Berger in Passau und der Firma Frost in Deggendorf denkt – stinkendes Fleisch, Abfälle und Ungeziefer, das mit verarbeitet wurde –, und wer dann noch daran denkt, dass er diese Sauerei vielleicht eines Tages sogar selbst gegessen hat, essen musste, der kann über Ihre selbstgefällige Regierungsverklärung, Herr Minister, und Ihre Verweigerung, heute wirklich Aufklärung zu bieten, nur empört sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Verbraucherinnen und Verbraucher in Bayern sind empört, dass unser Land schon wieder das Zentrum krimineller Machenschaften ist, und zwar von Machenschaften der Fleischindustrie. Die Menschen haben die Nase davon voll, dass die Staatsregierung offensichtlich nichts aus ihren vielen Fehlern gelernt hat, und sie sind stinksauer, dass die staatliche Kontrolle zum wiederholten Mal versagt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind auch sauer, dass es immer wieder dasselbe Muster des Versagens ist, und zwar bei den Behörden vor Ort bis zu Ihnen hinauf, Herr Minister Schnappauf. Wenn Essen billiger sein soll als Hundefutter, dann ist für einige Unternehmen die Versuchung offenbar sehr groß, auch tatsächlich Hundefutter zu verkaufen. Aber Ihre Aufgabe, Herr Minister, ist es, dafür zu sorgen, dass wir Verbraucher und Verbraucherinnen vor verfaulendem Wild und Hundefutter in der Hühnersuppe verschont bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und wenn Sie dieses nicht schaffen, Herr Minister, dann haben Sie als Verbraucherschutzminister eklatant versagt und sollten sich eine andere Aufgabe suchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider haben Sie in den letzten Monaten zweimal hintereinander in großem Stil versagt. Das sehen auch Ihre Parteifreunde in Berlin so. Es wurde bereits erwähnt: Ihr Kollege Staatssekretär Müller erklärte: Die Verantwortung für diesen Fall liegt ganz eindeutig in Bayern, wo die Kontrollmechanismen offenbar nicht zufrieden stellend funktioniert haben. Die Verantwortung, Herr Minister, liegt bei Ihnen, und wir werden nicht zulassen, dass Sie diese Verantwortung auf die untergeordneten Behörden abwälzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist Ihre Verantwortung. Sie haben die Voraussetzungen, die Rahmenbedingungen für die Versäumnisse vor Ort geschaffen, und Sie haben es versäumt, Korrekturen vorzunehmen, obwohl Sie spätestens im Herbst, im Oktober, schon gewusst haben, dass hier gravierende Mängel bestehen.

Kolleginnen und Kollegen, wir GRÜNEN werden nicht ruhen, bis wir den Fleischskandal und die solche Skandale begünstigenden Strukturen aufgeklärt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diesen Filz und diese mafiaähnlichen Zustände werden wir aufbrechen, und wir werden, Herr Minister, Ihre persönliche Verantwortung dafür genau herausarbeiten.

Dass es bei Berger zu einer Vielzahl von Auffälligkeiten kam, aber die jeweiligen Behörden trotzdem nicht wirklich aktiv geworden sind, nicht eingeschritten sind, deutet darauf hin, dass diese Behörden wussten, dass sie nicht handeln sollten. Filz und Mafia funktionieren nur da, wo es

ein stillschweigendes Einverständnis gibt, wo eine schützende Hand über den jeweiligen Machenschaften liegt.

Ob es in Bayern mafiaähnliche Strukturen gibt, ob eine schützende Hand auf den Großbetrieben liegt, auf großen regionalen Arbeitgebern, ob das viele Hände sind – das werden wir uns genauer anschauen.

Frau Ministerin Merk, Sie haben vorher gebeten, wir mögen doch Fragen stellen. Der Minister hat in seinem Bericht ausgeführt – ich lese es vor:

Nach Ergebnissen der Soko hat sich zwischenzeitlich herausgestellt, dass das Veterinäramt Passau entgegen bisheriger Annahmen Unterlagen der Kripo Passau wohl schon am 20.12.2005 in Händen hatte. Allerdings betrafen diese Unterlagen Vorgänge aus den Jahren 2002 bis 2004.

Da würde uns natürlich interessieren, was das für Vorgänge waren. Uns würde auch interessieren: Wie oft haben die Kripo und die Staatsanwaltschaft die Veterinärbehörden informiert? Wie oft und wann wurde die Regierung von Niederbayern informiert?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, heute geht es um die Versäumnisse der Staatsregierung beim Verbraucherschutz. Aber es geht darüber hinaus um Ihre ganz persönliche Verantwortung. Wenn Sie diesen sich verdichtenden Verdacht nicht ausräumen, dass Sie als Minister persönlich versagt haben, dann sind Sie nicht mehr tragbar. Was Sie heute bisher vorgelegt haben, ist wirklich erbärmlich. Das kann niemandem reichen, nicht einmal den Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion.

Wir wollen von Ihnen plausible Antworten in mindestens vier Punkten, in denen Sie persönlich Verantwortung tragen.

Erstens. Keiner hat so laut und so grundlos den Menschen die heile Welt des Verbraucherschützers in Bayern vorgegaukelt wie Sie, Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Ihrem Aktionismus haben Sie verschleiert, dass Sie faktisch kein bisschen besser kontrolliert haben als vorher. Sie haben wie wild getan, aber passiert ist unter der Oberfläche überhaupt nichts.

Zweitens. Nach dem Ekelfleischskandal bei Frost wussten Sie genau, dass die fehlende Kontrolle zwischen den Behörden dazu geführt hat – das haben Sie hier im Hohen Haus gesagt-, dass die kriminellen Machenschaften nicht frühzeitig aufgedeckt wurden. Schon damals hat Ihnen der Kollege Sprinkart vorgehalten, dass Sie nichts zur fehlenden Koordinierung in Bayern gesagt haben, und er hat gefragt, warum Sie nicht gehandelt haben. Sie haben jetzt wieder nicht gehandelt, obwohl Sie genau gewusst

haben, was falsch läuft. Sie machen vielmehr in diesem Falle dieselben Fehler wieder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Auch für die Sonderkontrollaktion tragen Sie persönlich die Verantwortung. Sie haben sie persönlich selbst inszeniert. Was Sie da aber gemacht haben, war reine Augenwischerei; es war Verbrauchertäuschung. Wenn sich jetzt bestätigt, dass Sie die Sonderkontrolle so haben durchführen lassen, dass dieselben Personen, die sonst routinemäßig kontrollieren, jetzt auch die Sonderkontrollen durchgeführt haben, dann ist das skandalös. Es zeigt, dass Ihre Aktion nur eine Presseaktion war. Die Kontrolleure sollten nichts finden, sie wollten und durften nichts finden. Ein Beleg dafür ist, wie die Aktionen damals abgelaufen sind. Am 29. November haben sie eine Pressemitteilung herausgegeben und die Presse zur Musterkontrolle in ein Fleischkühlhaus eingeladen. Ich nehme an, Sie haben das so ähnlich überall angekündigt.

(Zurufe von der CSU)

Bei diesen Kontrollen muss ja wohl was rauskommen, wenn man es vorher durch die Presse ankündigt. Es ging also nur darum, den Minister in Aktion zu zeigen. Wenn Sie heute anfangen, das auch noch zu vertuschen, wird es wirklich übel für Sie, Herr Minister. Sie haben nämlich heute behauptet, als es um die Sonderkontrollen ging, dass überprüft werden sollte, ob über Lebensmittellagerhäuser K-3-Material von außen in die Lebensmittelschiene eingeschleust wurde. Aber darum ging es nach Ihren eigenen Aussagen damals überhaupt nicht.

Am 1. Dezember haben Sie geschrieben, dass kein verdorbenes oder umetikettiertes Fleisch aufgefunden wurde. Also haben Sie doch danach gesucht.

Bei der Einladung für die Presse zur Musterkontrolle haben Sie geschrieben: Berichterstattung über die verdorbenen Fleischlieferungen mit verlängerten Mindesthaltbarkeitsdaten. Das wollten Sie angeblich kontrollieren. Wir wollen wissen, ob Sie das auch kontrolliert haben, aber erzählen Sie uns nicht so einen Schmarren von K-3-Material, Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viertens. Sie haben auch die Frage nicht geklärt, wann Sie von der Regierung von Oberbayern informiert wurden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Niederbayern!)

– Ja, danke; Niederbayern. Entschuldigung. Das liegt mir halt näher. Auch diese Frage müssen Sie klären. Wenn Sie tatsächlich nicht informiert wurden, geht der Vorwurf an Sie – also an die Person, die ihre seinerzeitige Kollegin Frau Stamm ins Wanken gebracht hat –, dass Sie nämlich Ihr Haus nicht im Griff haben. Wir werden all unsere parlamentarischen Mittel ausschöpfen, um die Fragen nach ihrer persönlichen Verantwortung zu klären und danach entsprechende Konsequenzen ziehen. Wenn Sie das jetzt schon als Rücktrittsforderung auffassen, Herr Minister,

dann nehme ich an, dass Sie unseren Vorwürfen nichts entgegenzusetzen haben und wirklich nicht aufklären wollen. Und dann ist es am besten, zurückzutreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist vorbei. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun der Herr Staatsminister Dr. Schnappauf um das Wort gebeten.

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will zunächst auf die Rede des Kollegen Wörner eingehen, der hier erneut einen Grundsatzstreit um die Frage entfacht hat: Eigenkontrolle oder staatliche Kontrolle? Dieser Grundsatzstreit ist absoluter Quatsch; wir brauchen beides. Die Eigenkontrolle ist im Europäischen Recht zwingend vorgeschrieben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ideologie!)

– Das hat überhaupt nichts mit Ideologie zu tun.

(Zuruf von den GRÜNEN: Doch!)

Das ist unmittelbar geltendes europäisches Recht und ist so in der einschlägigen Basisverordnung der EU vorgeschrieben. Ich sage auch: Selbst wenn es nicht vorgeschrieben wäre, wäre es eine Selbstverständlichkeit; denn wir erwarten von allen Bürgerinnen und Bürgern, dass sie Recht und Gesetz einhalten.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das gilt auch für einen Unternehmer, und es gilt auch und erst recht für jeden, der Lebensmittel herstellt.

(Anhaltende Zurufe von den GRÜNEN)

Insofern ist diese Grundsatzdebatte absoluter Unsinn, Kollege Wörner. Jeder muss Recht und Gesetz einhalten und dabei Selbstkontrolle in seinem Unternehmen gewährleisten.

(Anhaltende Zurufe von den GRÜNEN)

Daneben brauchen wir eine scharfe effektive und effiziente staatliche Kontrolle. Beides ist notwendig. Frau Kollegin Sonnenholzner, dass Sie die gegenwärtige Kontrollsituation in Bayern nicht verstehen, haben Ihre Worte gezeigt.

(Zuruf der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner (SPD))

Die Situation ist ganz eindeutig so, dass in Bayern die amtliche Fleischbeschau – ich verwende jetzt einmal diesen früheren Terminus – von Amtlichen Tierärzten gemacht wird, die von den jeweiligen Landkreisen beauf-

tragt sind. Es ist also eine Aufgabe der Kommunen im übertragenen Wirkungskreis, und auch in diesem Fall hatte der Landkreis Passau Amtliche Tierärzte, das heißt niedergelassene Tierärzte, damit beauftragt, die amtliche Fleischbeschauaufgabe wahrzunehmen.

Die Äußerungen, die zuletzt vom Kollegen Dürr gemacht worden sind, enthielten jede Menge verbaler Übertreibungen. Ich kann überhaupt feststellen, dass die Opposition alles das, was irgendjemand irgendwo derzeit gesagt, in die Öffentlichkeit lanciert und publiziert hat, eins zu eins für bare Münze nimmt. Das mag vielleicht im geschützten Raum einer parlamentarischen Debatte mit der Immunität der Abgeordneten, die auch die Oppositionsparteien genießen, noch angehen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Vielen Dank Herr Minister! -Zurufe und Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN – Gegenrufe von der CSU)

Liebe Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Ermittlungsbehörden brauchen Beweise. Sie brauchen Fakten und können sich nicht auf das, was irgendwo irgendwer gesagt, geschrieben oder publiziert hat, alleine verlassen. Sie müssen diesen Vorwürfen allerdings nachgehen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Die Ermittlungsverfahren laufen seit geraumer Zeit; das habe ich vorhin bereits gesagt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Seit vier Jahren!)

Eingeleitet wurden sie durch die Tätigkeit des Zolls. Dieser hat seine Ermittlungen 2004 im Rahmen einer bundesweiten Aktion begonnen. Er hat sich dann bereits Mitte des Jahres 2004 – wie vorhin ausgeführt – an die Veterinärverwaltung gewandt und um eine nähere Beurteilung nachgesucht. Das wurde zunächst am Veterinäramt in Landshut versucht. Das Amt hat sich für örtlich nicht zuständig erklärt. An das Veterinäramt in Passau ist der Zoll nicht herangetreten, stattdessen trat er dann an die Regierung von Niederbayern heran. Dort gab es – wie vorhin ebenfalls schon ausgeführt – schließlich die Stellungnahme der Regierung von Niederbayern gegenüber der Staatsanwaltschaft sowie ein Gespräch zwischen dem Hauptzollamt Landshut und der Regierung von Niederbayern. Beides fand Mitte des Jahres 2004 statt. Seither ermitteln die Strafverfolgungsbehörden, das heißt Staatsanwaltschaft, Zoll und die Kriminalpolizei. Diese Ermittlungen dauern ganz offensichtlich noch an. Das mag auch ein Indiz dafür sein, dass das Ganze nicht so einfach nachzuweisen ist.

Das örtliche Veterinäramt von Passau und die Regierung von Niederbayern sind von den Ermittlungsbehörden im Laufe dieser Zeit eingebunden worden und haben zu einzelnen Fragen Stellung genommen.

Ich wiederhole, was ich vorhin ausgeführt habe: Der Vorgang ist am 13. Januar 2006 von der Regierung von Niederbayern erstmals an das Verbraucherschutzministerium herangetragen worden. Wenn Sie also jetzt Ihre oppositio-

nelle Positionierung vornehmen, übersehen Sie völlig, dass das Verbraucherschutzministerium in Bayern erst zu Beginn dieses Jahres – ich wiederhole: am 13. Januar 2006 – erstmals eine Information über die vor Ort gewonnenen Erkenntnisse erhalten hat. Seit diese Information beim Verbraucherschutzministerium angekommen ist, ist mit einer unglaublichen Rigidität, Härte und Konsequenz vorgegangen worden. Ich glaube, das hat nicht einmal die Opposition in Abrede gestellt.

(Zurufe von der SPD)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich das auch noch klar sagen: Es gibt in diesem Fall keinerlei Information, die dem Hohen Haus nicht zugänglich gemacht wurde. Das Verbraucherschutzministerium hat das gleiche Interesse wie Sie, wenn es denn ein echtes Interesse ist, was von den Rednern der Opposition hier geäußert wurde,

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

diesen Vorgang lückenlos aufzuklären. Deshalb ist eine unabhängige Sonderkommission eingesetzt worden.

Wahrscheinlich ist Ihnen das vorhin entgangen, und ich darf es deshalb noch einmal sagen: Wir haben die Staatsanwaltschaft gebeten, unter Koordinierung seitens des Generalstaatsanwalts in München die Ermittlungen auszuweiten und ohne Ansehen irgendwelcher Aspekte – Funktion, Person oder sonst etwas – völlig unabhängig und umfassend die weiteren Ermittlungen vorzunehmen. Mehr kann ein Staat nicht tun, um diesen Vorgang aufzuklären. Genau das werden wir tun.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Deshalb lassen Sie mich zusammenfassend noch einmal sagen: Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es Verdachtsmomente, die für die Staatsregierung Anlass waren zu sagen: Alle verwaltungsinternen Vorgänge müssen auf den Tisch. Deshalb wurde eine unabhängige Sonderkommission berufen. Als es Anhaltspunkte gab, wurde entschieden, die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen auszuweiten.

Wir werden das Parlament und seine Ausschüsse und Gremien fortlaufend über den jeweiligen Kenntnisstand unterrichten. Aber ich kann dem Parlament heute noch nicht sagen, was noch nicht ermittelt ist. Deshalb sind die Ermittlungen sowohl der Sonderkommission als auch der Staatsanwaltschaft abzuwarten, um daraus die Schlussfolgerungen zu ziehen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wenn Fehlverhalten vorgekommen ist, egal auf welcher Seite, ob von Unternehmen, Amtlichen Tierärzten oder Veterinärverwaltung, egal ob vor Ort oder bei der höheren Behörde,

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

ist es nur konsequent, zu verfolgen und zu ahnden. Das ist unsere Position, und so wird es gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Damit ist dieser Tagesordnungspunkt beendet.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Der Ministerpräsident hat mitgeteilt, dass der Landesbeauftragte für den Datenschutz, Herr Ministerialdirigent Reinhard Vetter, mit Ablauf des Monats November 2005 in den Ruhestand getreten ist. Die Staatsregierung hat beschlossen, Herrn Leitenden Ministerialrat im Landtagsamt Dr. Karl-Michael Betzl dem Landtag für das Amt des Landesbeauftragten für Datenschutz vorzuschlagen.

Nach Artikel 33 a der Bayerischen Verfassung ist der Landesbeauftragte für den Datenschutz auf Vorschlag der Staatsregierung vom Landtag zu wählen. Die Amtszeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz beträgt sechs Jahre. Wiederwahl ist zulässig. Die Wahl soll mit Wirkung vom 1. Februar 2006 erfolgen.

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Wahl.

Auf Ihrem Platz, verehrte Kolleginnen und Kollegen, finden Sie einen Stimmzettel vor, auf dem der vorgeschlagene Kandidat aufgeführt ist. Außerdem enthält Ihre Stimmkartentasche eine gelbe Namenskarte, die für den Wahlgang zu verwenden ist. Urnen für die Namenskarten und die Stimmzettel befinden sich auf beiden Seiten des Sitzungssaals im Bereich der Eingangstür. Ich bitte, sowohl die Namenskarte als auch den Stimmzettel nicht selbst in die Urnen einzuwerfen, sondern diese den hierfür bereitstehenden Schriftführern und Mitarbeitern des Landtagsamtes auszuhändigen. Nur so kann der ordnungsgemäße Ablauf des Wahlvorgangs sichergestellt werden.

Eigentlich beginnen wir jetzt erst mit dem Wahlvorgang, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Für diese Wahl stehen fünf Minuten zur Verfügung. Bitte schön.

(Geheime Wahl von 17.25 bis 17.30 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Wahlgang ist beendet. Das Wahlergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Wir fahren zwischenzeitlich mit der Tagesordnung fort.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen, weil ich gern in der Tagesordnung fortfahren möchte.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Bestätigung eines Mitglieds für den Landesgesundheitsrat

Der Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz hat mitgeteilt, dass der bisherige Vertreter der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern im Landesgesundheitsrat, Herr Johann Frankl, ausgeschieden ist. Als Nachfolger wurde von den Mitgliedsverbänden der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege in Bayern Herr Wilfried Mück vorgeschlagen.

Herr Staatsminister Dr. Schnappauf hat gebeten, die Bestätigung des vorgeschlagenen Mitglieds durch den Landtag herbeizuführen. Eine Aussprache findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Wer mit der Entsendung von Herrn Mück in den Landesgesundheitsrat einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das vom Hohen Hause so beschlossen worden. Der Landtag bestätigt hiermit Herrn Mück als neues Mitglied des Landesgesundheitsrates.

Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen sind übereingekommen, dass wir heute noch die Ersten Lesungen aufrufen, die ohne Aussprache vorgesehen sind.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 d auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten und den Vollzug von Rechtsvorschriften im Bereich der Land- und Forstwirtschaft (Drucksache 15/4589) – Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung nicht begründet. Eine Aussprache hierzu findet ebenfalls nicht statt. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht hiermit Einverständnis? Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 e auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften (Drucksache 15/4597) – Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung nicht begründet. Eine Aussprache findet hierzu auch nicht statt. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 g auf:

**Antrag der Staatsregierung
Abkommen zur Änderung des Abkommens über die
einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren
Polizeivollzugsdienst und über die Polizei-Führungs-
akademie (Drucksache 15/4584)
– Erste Lesung –**

Das Abkommen wird vonseiten der Staatsregierung nicht begründet. Eine Aussprache findet ebenfalls nicht statt. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, das Abkommen dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das auch so beschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich will die Sitzung noch nicht schließen, sondern nur kurz unterbrechen, weil ich der Auffassung bin, wir sollten das Ergebnis der Wahl des Datenschutzbeauftragten noch bekannt geben, und um auch noch unsere Gratulation aussprechen zu können. Ich unterbreche kurz.

(Unterbrechung von 17.35 Uhr bis 17.38 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich nehme die Sitzung wieder auf und darf Ihnen jetzt das Wahlergebnis der vorher durchgeführten Wahl des Landesbeauftragten für Datenschutz bekannt geben. An der Wahl haben 147 Abgeordnete teilgenommen. Es entfielen auf Herrn Dr. Betzl 108 Stimmen, mit Nein stimmten 28 Abgeordnete, der Stimme enthalten haben sich 11 Abgeordnete. Damit hat der Landtag Herrn Dr. Karl-Michael Betzl mit Wirkung vom 1. Februar 2006 zum Landesbeauftragten des Datenschutzes gewählt. Ich darf Ihnen, Herr Dr. Betzl, sehr herzlich gratulieren, verbunden mit allen guten Wünschen für Ihr Amt.

(Allgemeiner Beifall)

Glück und Erfolg und alles Gute für Sie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir für heute hier im Plenum das Arbeitspensum erfüllt. Es geht sicher noch weiter für einige. Danke schön und bis morgen.

(Schluss: 17.39 Uhr)

